

Az.: 10.24.10

## Korrekturblatt

zur Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 04.11.2009

### Grund der Korrektur:

Ergänzung des Beschlusses B-181/2009 um den bestätigten Punkt 1 des Änderungsantrages der CDU-Ratsfraktion.

<b>Die Korrektur erfolgt:</b>	im TOP	7.2, Seite 16
	Absatz	Beschluss B-181/2009 nach Punkt 8
		Die bisherigen Punkte 9.1 und 9.2 werden zu den Punkten 9.2 und 9.3

### Text der Korrektur:

**9.1 Im Beschluss des Stadtrates B-18/2006 wurden die Gebiete Markersdorf und Hutholz als „Konsolidierungsfähige Gebiete des Geschosswohnungsbaus“ ausgewiesen. Aufbaue auf diesen Beschluss muss im Beschluss zum SEKo ein Ausweis der Wohngebiete Markersdorf und Hutholz als „Konsolidierungsfähige Gebiete des Geschosswohnungsbaus/Erhalt“ vorgenommen werden.**

04.12.2009  
Datum *Barbara Ludwig*  
Barbara Ludwig  
Vorsitzende  
des Stadtrates

03.12.2009 *Seidel*  
Datum Seidel  
Schriftführerin

Stadtrat Chemnitz  
15.4/10.24.10

12.11.2009  
488-1546

## **Niederschrift**

### **über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -**

Datum: 04.11.2009

Ort: Aula des Beruflichen Schulzentrums für Technik II, Schloßstraße 3,  
09111 Chemnitz

Zeit: 15:30 Uhr - 22:38 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Ludwig

### **Beschlussfähigkeit**

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	49	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE	Dienst
Herr Dr. Eberhard Langer	Fraktion DIE LINKE	krank (Reha)
Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	Krankheit
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	Urlaub

#### **beratend Teilnehmende**

Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1	krank
Herr Detlef Nonnen	Bürgermeister Dezernat 2	krank

#### **Vorsitz**

Frau Barbara Ludwig	Oberbürgermeisterin
---------------------	---------------------

#### **Verspätetes Erscheinen**

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	16:30 Uhr, TOP 7.2, nachträglich entschuldigt, Dienstreise
Frau Silke Brewig-Lange	Fraktion DIE LINKE	15:38 Uhr, TOP 5, Parkplatzsuche
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:37 Uhr, TOP 2, dienstlich
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	15:38 Uhr, TOP 5, Chemnitzer Verkehrssituation
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP	15:46 Uhr, TOP 6, Haushaltsausschuss Landtag
Herr Karl-Friedrich Zais	Fraktion DIE LINKE	16:43 Uhr, TOP 7.2, Haushaltsausschuss Landtag
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	17:04 Uhr, TOP 7.2, dienstlich
Herr Joachim Ziems	Fraktion PRO CHEMNITZ	ab 22:10 Uhr, TOP 7.27, dienstlich 19:39 Uhr, TOP 7.17, krank ab 21:41 Uhr, TOP 7.26, krank

**Frühzeitiges Verlassen**

Frau Wilma Kleinertz CDU-Ratsfraktion 19:00 Uhr, TOP 7.17, krank

**beratend Teilnehmende**

Frau Karin Genkel Kinderbeauftragte  
Frau Etelka Kobuß Ausländerbeauftragte  
Frau Petra Liebetau Behindertenbeauftragte  
Frau Heidemarie Lüth Bürgermeisterin Dezernat 5 zeitweise  
Frau Bettina Betzold Gleichstellungsbeauftragte  
Herr Miko Runkel Bürgermeister Dezernat 3  
Frau Petra Wesseler Bürgermeisterin Dezernat 6

**Sachverständige**

Herr Gerold Münster Betriebsleiter ASR/ESC  
Herr Peter Schubert Betriebsleiter FBB

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Annekatriin Falk Amtsleiterin Amt 14  
Frau Wenke Fischer Amt 50  
Frau Beate Frech Abteilungsleiterin Abt. 15.4  
Frau Gunda Georgi Amtsleiterin Amt 15  
Frau Angelika Härtel Amtsleiterin Amt 20  
Herr Tino Keller Abteilungsleiter Abt. 20.2  
Frau Ingeburg Ludwig Sachbearbeiterin Abt. 15.4  
Herr Thomas Meyer Amtsleiter Amt 52  
Herr Mathias Näther Amtsleiter Amt 40  
Frau Annegret Obels Amtsleiterin Amt 30  
Frau Ramona Spangenberg Mitarbeiterin Abt. 15.4  
Frau Sabine Widmann Abteilungsleiterin Abt. 30.1

**Fraktionsangestellte**

Frau Kristina Bierögel CDU-Ratsfraktion  
Herr Raimon Brete Fraktion DIE LINKE  
Herr Eduard Jenke Fraktion FDP

**Schriftführerin**

Frau Ramona Seidel Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie informiert, dass Herr Bürgermeister Brehm und Herr Bürgermeister Nonnen wegen Krankheit nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen können und auch Frau Bürgermeisterin Lüth die Sitzung wegen Krankheit ggf. früher verlassen werde.

2 Feststellung der Tagesordnung

---

- Die Beschlussvorlage B-178/2009 (TOP 7.1) wird zurückgezogen.
- Zu den Beschlussvorlagen  
B-408/2009 (TOP 7.9)  
B-417/2009 (TOP 7.23)  
wurde eine je eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.
- Zur Beschlussvorlage B-181/2009 (TOP 7.2) wurde je ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, ein aktualisierter Änderungsantrag der Fraktion FDP und ein aktualisierter Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE sowie ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion ausgereicht.
- Zur Beschlussvorlage B-342/2009 (TOP 7.4) wurde ein Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht.
- Zur Beschlussvorlage B-406/2009 (TOP 7.8) wurde je ein Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ und Fraktion FDP ausgereicht.
- Zur Beschlussvorlage B-328/2009 (TOP 7.17) wurde ein Änderungsantrag der Fraktion FDP ausgereicht.
- Zur Beschlussvorlage B-333/2009 (TOP 7.18) wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ausgereicht.
- Zur Beschlussvorlage B-264/2009 (TOP 7.19) wurde eine Stellungnahme zur Anhörung des Ortschaftsrates Euba ausgereicht.
- Zur Beschlussvorlage B-271/2009 (TOP 7.21) wurde ein Änderungsantrag der Fraktion FDP ausgereicht.
- Zum Beschlussantrag BA-035/2009 (TOP 9) wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** beantragt, dass vor Beginn der Wahlen zum Ausländerbeirat die Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz für diesen Tagesordnungspunkt außer Kraft gesetzt werde, um die Einreichung weiterer Wahlvorschläge zu ermöglichen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass dieser Antrag nochmals zu Beginn des entsprechenden Tagesordnungspunktes gestellt werden könne.

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Sie ist somit festgestellt.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 08.10.2009

---

Es liegen keine Einwendungen vor.

4 Informationen der Oberbürgermeisterin

---

Es gibt keine Informationen der Oberbürgermeisterin.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

---

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** spricht zu Beginn zum Umgang der Verwaltung mit den Ratsbeschlüssen und bezieht sich dabei auf den Beschluss B-133/2008 zur Entwicklung des Reitbahnviertels. In diesem Ratsbeschluss seien eine Vielzahl von Einzelfestlegungen getroffen worden die bis zum heutigen Tage immer noch auf eine Erfüllungseinschätzung warten. Diese fordert er zunächst von der Verwaltung ab. Wichtiger sei jedoch, dass mit diesem Beschluss der Stadtrat zum Ausdruck gebracht habe, dass das Viertel in der Einheit von Wohnen, Bildung, Wirtschaft und Soziales zu entwickeln sei und dass das experimentelle Karree zu unterstützen, voranzubringen und im Zusammenwirken mit der GGG für eine langfristige Nutzungsmöglichkeit für das Projekt Reitbahnstraße 84 zu sorgen sei. Er bittet sehr darum, dass die Aufsichtsratsmitglieder der Verwaltung und des Stadtrates dafür Sorge tragen, dass in der GGG mit den Betreibern des Experimentellen Karrees langfristige, dauerhafte Verhältnisse geschaffen werden.

Als zweite Thematik spricht er im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November darüber, dass die Ratsfraktion PRO CHEMNITZ für die Wahl des Ausländerbeirates einen eigenen Wahlvorschlag eingereicht habe. Dabei sei bekannt, zu welchen Ausfällen die damaligen Vertreter der Fraktion DIE REPUBLIKANER in Bezug auf die Ausländerpolitik neigten. Deswegen solle also die Möglichkeit der Einreichung weiterer Wahlvorschläge unter Ausschluss von PRO CHEMNITZ beschlossen werden.

6 Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2010 durch die Oberbürgermeisterin

---

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass mit dem Haushaltplan und der mittelfristigen Finanzplanung die wesentlichen Ziele und Aufgaben im Klärungs- und Entscheidungsprozess zwischen der Verwaltung und dem Stadtrat festgelegt und mit Ressourcen untersetzt werden.

Es werde ein ausgeglichener Planentwurf für das Jahr 2010 mit einem Gesamtvolumen von 668 Mio. € vorgelegt. Der Haushaltsausgleich basiere auf Erfahrungen und berücksichtige alle Erkenntnisse, die bis zur abschließenden Aufstellung vorlägen. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind mit dem Ziel aufgebaut, Chemnitz als moderne, anziehende Industriestadt weiterzuentwickeln. Deshalb werde vorgeschlagen, an wichtigen Schwerpunkten festzuhalten. Dazu gehören die Investitionen in Kindertagesstätten und Schulen, die Stärkung der Innenstadt, dass Chemnitz eine soziale familienfreundliche Stadt bleibe, dass in die Wirtschaftskraft und Infrastruktur investiert werde, dass der beispiellose Prozess des Stadtumbaus und des demografischen Wandels gelinge und dass zentrale Lebensbereiche wie Kunst, Kultur und Sport in Chemnitz die Stadt zu einem kreativen und aktiven Lebensort machen.

Die Unwägbarkeiten haben dabei eine bisher nicht gekannte Dimension. Noch nie musste mittelfristig mit so viel weniger Einnahmen gerechnet werden wie heute. Alle Prognosen sind alarmierend und unsicher zugleich. Noch nie stand die Stadt bei der mittelfristigen Finanzplanung vor größeren Problemen.

Die schwerste Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik treffe die Kommunen doppelt hart durch rückläufige Steuereinnahmen und sinkende Schlüsselzuweisungen. Fast 60 % des Verwaltungshaushaltes 2010 speisen sich in Chemnitz aus diesen beiden Quellen. 28 %, d. h. 155 Mio. € sind Steuereinnahmen und 31 % d. h. 175 Mio. € sind Schlüsselzuweisungen. Damit seien die Schlüsselzuweisungen nach wie vor die größte Einnahme. Bereits kleine Änderungen in den Bemessungsgrundlagen haben große finanzielle Auswirkungen. Nach den Berechnungen des sächsischen Städte- und Gemeindetages sei ab 2011 absehbar keine Kommune in der Lage, ihren Haushalt auszugleichen. Nach den Berechnungen des Freistaates gehen die Einnahmen der Kommunen in den nächsten Jahren massiv zurück. Im Vergleich zu 2008 muss mit 10 % weniger Steuereinnahmen und fast 15 % weniger Schlüsselzuweisungen jährlich gerechnet werden. Mit dem Haushalt 2010 müsse man deshalb mehr denn je bereits die Folgejahre mit im Blick haben. Die Fehlbeträge, die bereits jetzt für 2011 bis 2013 ausgewiesen werden müssen, summieren sich gegenwärtig auf ca. 100 Mio. €. Deshalb werde eine Strategie, mit der die künftigen Haushalte ab 2011 aufzustellen sind, benötigt. In diese Überlegungen werden verschiedene Optionen mit einfließen - die Aufstellung und Beschlussfassung unausgeglichener Haushalte genau so, wie Überlegungen, mit welchen Instrumentarien in Chemnitz künftig Haushaltkonsolidierung betrieben werden könne, um Fehlbeträge zu mindern bzw. wieder abzubauen, ohne die zentralen Ziele aus den Augen zu verlieren.

Die gute Entwicklung der Unternehmen sei die Ausgangsbasis für eine erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt als anziehender Arbeits- und Lebensort. Nach vier sehr dynamischen Jahren, in denen die Chemnitzer Industrie viel stärker gewachsen ist, als in Gesamtdeutschland, kämpfen viele unserer Unternehmen um Aufträge und um den Erhalt der Arbeitsplätze. Der Umsatzrückgang von minus 25 % im Zeitraum von Januar bis August 2009 bestätige den bundesweiten Trend. Auftragsrückgänge von 41 % im gleichen Zeitraum zeigen den Ernst der gegenwärtigen Lage vieler unserer Chemnitzer Unternehmen. Im Moment stabilisieren sich diese Werte auf niedrigem Niveau. Die aktuelle Arbeitslosenquote liege im Oktober bei 12,2 %.

Viele Unternehmen bilden weiter aus. Alle Chemnitzer Lehrstellenbewerber, die es ernsthaft wollen, konnten vermittelt werden.

Erfreulich sei das gute Zwischenergebnis bei der Gewerbesteuer. Während bundesweit in der Mai-Steuerschätzung mit einem Rückgang von 15 % zu rechnen war, werden für Chemnitz keine erheblichen Veränderungen verzeichnet.

Chemnitz war die erste kreisfreie Stadt in Sachsen, die mit einem Stadtratsbeschluss die komplette Maßnahmenliste für das Konjunkturprogramm beschlossen habe. Termingerechert wurden seitdem alle Auflagen erfüllt, trotzdem habe es bis vorige Woche gedauert, bis die letzte Maßnahme bewilligt wurde.

Das Jahr 2009 sei jedoch nicht nur das Jahr der Wirtschaftskrise, sondern auch ein Jahr, in dem Chemnitz weiter als Ort der Wirtschaft, der Forschung und Entwicklung, als Ort der Bildung und der Lebensqualität dazu gewonnen habe, was sie an Beispielen wie der Eröffnung des Smart Systems Campus, des Fraunhofer ENOS u. a. m. benennt. Die Umbauarbeiten zum Landesmuseum für Archäologie beginnen derzeit und im Schulerschluss mit der Technischen Universität sei eine ideenreiche Bewerbung um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2011“ gelungen.

Der Ausgleich des Haushaltes 2010 wurde in einer harten, aber fairen Auseinandersetzung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gemeinsam erarbeitet, Umverteilungen und einige Kürzungen waren dabei unumgänglich. Die Rücklage sei bis auf die Mindestrücklage für den Haushaltsausgleich eingesetzt. Noch nicht berücksichtigt seien die möglichen Auswirkungen des Koalitionsvertrages der Bundesregierung. Ebenfalls nicht einbezogen sei die Novembersteuerschätzung. Für die Folgejahre konnte der erhebliche Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen werden. Aus diesem Grund wurde sich in einem ersten Schritt darauf verständigt, dass ca. 180 freie Stellen in der Verwaltung nicht wieder besetzt werden. Damit bleiben die Personalausgaben 2010 trotz möglicher Tarifierhöhungen weitgehend auf dem Niveau des Jahres 2009.

Es werden Strukturen überprüft, Abläufe überdacht, der Einsatz moderner I- und K-Technik noch bewusster genutzt, um die Prozesse in der Verwaltung zu optimieren. Kündigungen seien kein sinnvolles Instrument, wobei die Oberbürgermeisterin davon ausgehe, dass der Stadtrat das zumindest mehrheitlich ebenso sehe. Es gehe im Kern darum, Haushaltkonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung sinnvoll miteinander zu verbinden. Derzeit wird geprüft, ob eine öffentlich-private Partnerschaft bei der Umsetzung der IT-Strategie zielführend sein könne. Das Ergebnis und ein entsprechender Entscheidungsvorschlag werden zu Beginn des Jahres 2010 vorgelegt. Im 1. Halbjahr 2010 werde die Verwaltung dem Stadtrat ein Konzept mit den Eckpfeilern zum weiteren Vorgehen bei der Verwaltungsentwicklung im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltes 2011 vorstellen.

Mehr als 18.000 Haushalte seien auf soziale Leistungen angewiesen. Für diese Leistungen werden deshalb 2010 rund 111 Mio. € eingeplant. Gleichzeitig sei der Sozialbereich der mit den größten Unsicherheiten. Das Bundesprogramm Kommunalkombi und das Projekt Jobperspektive sollen weitergeführt werden. Für beide Maßnahmen stehen für das Jahr 2010 rund 1,1 Mio. € zur Verfügung. Damit werden über 400 versicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten. Auch der Chemnitz-Pass werde weiter fortgeführt.

Verantwortung werde auch für viele Kinder und Jugendliche getragen. Deshalb werde vorgeschlagen, die Leistungen für die Jugendhilfe mit 20,4 Mio. € fortzuführen und für die Jugendarbeit 4,6 Mio. € bereitzustellen. Die Werte sind etwas geringer als im Vorjahr, wobei zu berücksichtigen sei, dass es in Chemnitz immer weniger Kinder und Jugendliche gebe. In Chemnitz werde es auch 2010 ausreichend Kita-Plätze geben. Die dafür notwendigen höheren Sach- und Personalkosten stehen mit 36,2 Mio. € für die kommunalen Kitas und 25,5 Mio. € für die Kitas in freier Trägerschaft zur Verfügung. Die Gesamtausgaben für die Kindertagesstätten und Horte steigen im Vergleich zum laufenden Jahr um 2,3 Mio. €.

Zusätzlich zu den Investitionen für das Konjunkturprogramm 2009 und 2010 mit 24 Mio. € für Schulen und Kindertagesstätten und Investitionen von 5,5 Mio. € in Sportstätten plane die Verwaltung zusätzlich im Haushalt 2010 13,1 Mio. € Investitionen in Schulen, weitere 5,9 Mio. € für Kindertagesstätten und 1,9 Mio. € für Sportstätten.

Für den Neubau der Körperbehindertenschule und des Heims sowie den Neubau des Chemnitzer Schulmodells wurden für den Zeitraum 2010 bis 2013 Mittel von insgesamt 39,4 Mio. € eingeordnet. Für den Sport stehen wie im Vorjahr insgesamt 15,9 Mio. € bereit. Darin enthalten sind leicht steigende Zuschüsse für die Vereine. 2,1 Mio. € direkte Zuschüsse stehen 2010 zur Verfügung für den Sportbetrieb, die Betreuung der Vereinssportanlagen, die Sportjugendarbeit und den Bauunterhalt.

Insbesondere für Personal sind mehr Mittel als im Vorjahr eingestellt. 11 Trainerstellen werden mit 306.000 € finanziert und damit gesichert.

Die jährlichen Ausgaben für Kultur sind mit 43,9 Mio. € weiterhin hoch. Im Plan 2010 enthalten ist auch das Modellprojekt zum kostenlosen Museumsbesuch. Um Kindern und Jugendlichen Kunst, Kultur ohne finanzielle Barriere als Bildungsangebot nahe zu bringen, werde vorgeschlagen, dieses Modellprojekt noch um ein weiteres Jahr zu verlängern. Der städtische Zuschuss an das Theater steige gegenüber dem Plan 2008 um 3 Mio. €, zusammen mit den Kulturraummitteln stehen dem Theater damit 2010 25,3 Mio. € zur Verfügung. DAS TIETZ erhält einen Zuschuss von 8,2 Mio. €, 80.000 € weniger als 2009. Die Ausgaben für das sächsische Industriemuseum steigen im Planentwurf um 185.000 € auf insgesamt 940.000 €. Eine Erhöhung, die von städtischer Seite auf Grund der Notlage des Industriemuseums erfolge.

Zusätzlich zum Konjunkturprogramm stehen 2010 68 Mio. € für Bauvorhaben zur Verfügung. Neben den Schwerpunkten Schulen, Sport- und Kindertagesstätten stehe der Ausbau der Infrastruktur. So können voraussichtlich die Maßnahmen Brücke Hartmannstraße und der Ausbau Blankenauer Straße im Jahre 2010 abgeschlossen werden. Für die großen Vorhaben Zschopauer Straße und Dresdner Platz stehen 36,8 Mio. € in den nächsten Jahren zur Verfügung. Investiver Schwerpunkt in Bezug auf die Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung werde der Ausbau der Güterbahnhofstraße für den Smart Systems Campus und insbesondere für die Erweiterung des Fraunhofer IWU sein. Hierfür stehen in den nächsten beiden Jahren 2 Mio. € zur Verfügung.

Chemnitz werde trotz immer sparsamerer Haushaltsführung auch im nächsten Jahr nicht umhin kommen, einen Kredit aufzunehmen. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung vorausgesetzt, werde vorgeschlagen, einen Kredit von 15,7 Mio. € aufzunehmen. Getilgt werden sollen im Gegenzug 17,9 Mio. €. Das heißt, im Jahr 2010 solle der Schuldenabbau um 2,2 Mio. € fortgesetzt werden. In den letzten vier Jahren konnten auf Grund der Strategie des schrittweisen Schuldenabbaus bereits 3,7 Mio. € Zins und Tilgung eingespart werden.

Die Oberbürgermeisterin lädt die Stadtratsmitglieder ein, durch ihre Sachkunde mitzuwirken und gerade jetzt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu rechtfertigen.

---

7      Beschlussvorlagen

---

7.1     Konzeption zur nachhaltigen Pflege und Entwicklung des Stadtgrüns von Chemnitz  
          (Pflege- und Entwicklungskonzeption Stadtgrün)  
          Vorlage: B-178/2009            Einreicher: Dezernat 6/Amt 67

---

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.



7.2 Beschluss zum Städtebaulichen Entwicklungskonzept - Chemnitz 2020  
Vorlage: B-181/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

---

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** informiert, dass verwaltungsintern dezernatsübergreifend vier Arbeitsgruppen mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Handel, Stadtmarketing; Demografie, Wohnen, Städtebau und Denkmalpflege; Verkehr, Infrastruktur, Ökologie und soziale Infrastruktur; Schulen, Kitas, Kultur und Sport gebildet wurden. In zahlreichen Besprechungen und Workshops galt es, die jeweiligen Fachkonzepte zu erörtern und aufeinander abzustimmen. Parallel zu dieser verwaltungsinternen Arbeit wurden sieben öffentliche Stadtwerkstätten durchgeführt, in denen die einzelnen Konzepte beraten und Zielstellungen mit Vereinen, Verbänden und den Bürgern erörtert wurden. Im vorliegenden Dokument sind die Leitlinien in 12 Leitbildern zusammengefasst, die bei der weiteren Arbeit der Fachkonzepte zu integrieren sind. Hierzu nennt sie Beispiele. Sie erwähnt, dass die Thematik Umweltschutz bewusst den Kapiteln vorangestellt wurde. Sie erklärt, dass das SEKo die Ziele beschreibe, die die Basis für das Verwaltungshandeln darstellen und welche sich die Stadt setze, um sie in den einzelnen Fachkonzepten zu verfolgen. Im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung gelte es dann, die zeitlichen umsetzbaren Schritte im Einzelnen zu debattieren. Sie macht auf das Kapitel 605 aufmerksam, in welchem verankert sei, dass ein jährliches Monitoring gemacht werden solle, da die Stadtentwicklung ein Prozess sei.

Abschließend geht **Frau Wesseler** auf die Änderungsanträge der Fraktionen ein, welche in der Sondersitzung des Planungs- und Umweltausschusses debattiert wurden und welche weitestgehend beschlussfähig seien. Zum Änderungsantrag der Fraktion FDP sagt sie, dass mit diesem hervorgehoben und eingefordert werde, dass sich auch die großen Wohnungsunternehmen in den innerstädtischen Bereichen stärker engagieren sollen. Diesen Aspekt unterstütze sie gern, ebenso den Fokus auf die Stadteingänge. Dies sei ein Thema, welches gut im Kuratorium Stadtgestaltung zu erörtern sei. Dagegen sei der Antrag, mit Fördermitteln begünstigter Gebäudeabrisse dem Planungs- und Umweltausschuss zur Bestätigung vorzulegen, nicht erforderlich. Den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der jetzigen Form trage sie mit. Die mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion geforderte Bürgerbeteiligung an den zu entwickelnden Stadtteilkonzepten sage sie zu. Sie bittet, sich vom Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ zu distanzieren und das Stadtentwicklungskonzept heute auf den Weg zu bringen, da mit der Beschlussfassung die eigentliche Arbeit erst beginne.

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** stellt fest, dass es schwierig sei, in der Beschlussvorlage außer in den Leitlinien Visionen zu finden. In den Wohnungsunternehmen werde seit Jahren die Wohnqualität vieler Menschen verbessert und die Gestaltung lebenswerter Wohnquartiere stehe im Mittelpunkt der Unternehmensstrategie. Dabei gehe es nach wie vor bei dem Rückbau um die Kombination mit der Sanierung, da beides realisiert werden müsse. Und es gehe um den Umgang mit dem Wohnungsleerstand, denn der noch zu erfolgende Rückbau könne nicht zu Lasten einzelner Stadtteile und zu Lasten einzelner Wohnungsunternehmen erfolgen. Seit Jahren müsse man akzeptieren, dass es ohne weiteren Rückbau nicht gehe. Dies widerspreche zwar der Natur, die Familien aber, die Wohnungen benötigen, wachsen nicht nach. Das eigentliche Problem beim Stadtumbau sei nicht der Umbau, sondern der Rückbau. Ein weiteres Problem sei, dass die Wohnungsbewirtschaftung ohne Bodenwertwachstum dazu führe, dass die Rendite ausbleibe. Fakt sei, dass Kommunen den Stadtumbau nicht allein leisten können. Stadtteilquartiere weiterzuentwickeln und zu fördern, sehe ihre Fraktion als einen sehr wichtigen Schwerpunkt im Stadtentwicklungskonzept.

Die Urbanität in den Stadtteilen müsse erhalten werden. Dabei gilt es, bedarfsge- rechten und preisgünstigen Wohnraum anzubieten, um damit zur Steigerung der Attraktivität des Stadtteils bei jungen und älteren Menschen beizutragen. Neben der Stärkung der Innenstadt, die nicht an der Zentralhaltestelle, an der Theaterstraße oder am Rosenhof ende, gelte es, der Ausgrenzung ganzer Stadtteile entgegenzu- wirken und damit die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt ausglei- chend zu berücksichtigen. Aus diesem Grund halte ihre Fraktion einige wesentliche Änderungen in der Vorlage und die separate Abstimmung der einzelnen Punkte für unabdingbar.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** erläutert den Änderungsantrag seiner Fraktion. Mit ihrer Stellungnahme zum Antrag habe die Verwaltung mitgeteilt, dass es offensichtlich größere Probleme im Bereich Fördermittelzusagen bzw. bereits geflossener Fördermittel gebe, wenn an dem Punkt 2 in unveränderter Weise fest- halten werde. Daraufhin ändere seine Fraktion den Punkt 2 des Änderungsantrages wie folgt:

*„2.1 Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes (Bezeichnung Sanierungsgebiet Stadtumbau 1) zügig weiterzu- führen und bis spätestens April 2010 dem Stadtrat zur Beschlussvorlage vorzule- gen.“*

*2.2 Die Verwaltung wird zusätzlich zur Beschlussvorlage beauftragt zu prüfen, wie die Gebiete Markersdorf und Hutholz als Gebietaufwertung auszuweisen sind. Dazu ist eine zeitnahe Abstimmung mit den hauptsächlich betroffenen Eigentümern und den Bewilligungsstellen zu führen. Über das Ergebnis ist der Stadtrat bis Dezember 2009 zu informieren.“*

Mit dem gestellten Termin solle erreicht werden, dass eventuelle Abstimmungs- probleme bzw. Ergebnisse entsprechend in das Verfahren zur Ausweisung des Sanierungsgebietes aufgenommen werden können. Und wenn dies im April 2010 abgeschlossen sein solle, sei es wichtig, dass die Abstimmungen vorher passieren.

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** erklärt, dass er persönlich der Beschluss- vorlage nicht zustimmen werde. Er erklärt, dass mit der Vorlage Leitlinien und der Auftrag an die Verwaltung zur Erstellung von 39 Stadtteilkonzepten beschlossen werden solle. Diese sollen Mitte des nächsten Jahres zur öffentlichen Diskussion vorliegen und im I. Quartal 2011 beschlossen werden. Er äußert sich zu Punkten, die ihm missfallen. So z. B. die Leitlinie „Stadt der Moderne bedeutet innovative ökologische Nachhaltigkeit“. Seine Frage dabei sei, mit welchen Mitteln und mit welchen Beteiligten man zu diesen angegebenen Zielen etwas zu Stande kriegen könne. Er meint, dass die Beschlussvorlage nicht auf das Wesentliche verdichtet sei und ihm z. B. eine Kurzzusammenfassung sowie eine zusammenfassende Dar- stellung der Fachkonzepte und der Umgang mit diesen sowie eine Auswertung des INSEP fehle.

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass seine Fraktion dem Beschluss zum städtebaulichen Entwicklungskonzept nicht zustim- men werde. Die Leitlinien und die Umsetzungsstrategien seien nicht konsequent daran ausgerichtet Chemnitz zukunftsfähig zu machen. Unterstützung finde ledig- lich Punkt 3 des Beschlussvorschlages, mit dem die Verwaltung beauftragt werde, konkrete quartiersbezogene Maßnahmen bis spätestens Anfang 2011 vorzulegen.

Das Konzept bleibe in großen Teilen beliebig und werde in dieser Form keinen spürbaren Beitrag zur Lösung der zentralen Zukunftsfragen von Chemnitz leisten. Dies werde besonders deutlich in den Bereichen Siedlungsentwicklung, Mobilität und Energieversorgung, welche er im Detail erläutert. Zur Siedlungsentwicklung stellt er fest, dass die urbanisierte Fläche der Stadt gemessen an der Einwohnerzahl viel zu groß sei, wobei sich dieses Missverhältnis in den kommenden Jahrzehnten noch verschärfen werde. Und man wisse, dass eine weiter abnehmende Anzahl von Einwohnern eine immer teurer werdende städtische Infrastruktur finanzieren müsse. Dazu fehle im SEKo aber genau diese konkrete Entwicklung bzw. der Rückbau der Infrastruktur oder eine Aussage zur gerechten Kostenverteilung. Es fehle auch im Ansatz eine Grundstückspreispolitik, die Bauwillige vor allem in die Kerne und nicht an die Ränder locke und Modelle, wie auf lange Sicht leer stehende, nicht mehr verwertbare Gebäude in zentralen Bereichen für alternative Nutzung zur Verfügung gestellt werden können.

Zur Mobilität führt er aus, dass Chemnitz zunehmend von überdimensionierten Verkehrsschneisen und unverhältnismäßig viel Verkehrsfläche für den motorisierten Individualverkehr zerschnitten sei. Auf diese Fehlentwicklung gebe das SEKo auch keine Antworten. Die für die Hauptverkehrsachsen von der Verwaltung vorgeschlagene Handlungsstrategie zum Rückzug der Wohnfunktion und Planung von Grünkorridoren schaffe keine Urbanität, sondern zerschneide die Stadt noch mehr. Das SEKo enthalte auch keine strategischen Aussagen vor dem Hintergrund globaler Veränderungen in Bezug auf Klima und Energie. Es werde ignoriert, dass die unabwendbar steigenden Kosten für zentrumsfernes Wohnen zukünftig nicht mehr finanzierbar seien. Auch werde verschwiegen, dass die jahrelange einseitige Privilegierung des Autoverkehrs den Stadthaushalt sprengte. Statt dies zu stoppen, werden im SEKo die Planungen zu weiterem Straßenneubau kritiklos fortgeschrieben. Abschließend erwähnt er zur Energieversorgungsstruktur, dass die verstärkten erneuerbarer Energien im SEKo nicht ausreichend gewichtet werde.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** stellt fest, dass das SEKo nicht in allen Punkten befriedigt, aber die gesellschaftliche Realität zeige. Er meint, dass es für viele Dinge noch keine Lösungen gebe, sich aber hinzustellen und das SEKo abzulehnen finde er nicht gerecht. Allerdings könne mittels moderner Technik mehr gemacht und dargestellt werden, als bisher erfolgte. Absicht auch seiner Fraktion sei es, nicht ein Wohngebiet gegen das andere zu stellen. Wenn im Fortgang bessere Konzepte zur Verfügung stehen, sollten diese angegangen werden, aber jetzt sollten die Schritte gegangen werden, welche zum jetzigen Zeitpunkt verantwortungsvoll getan werden können. Des Weiteren lege er großen Wert darauf, dass der Abriss von Häusern mit Fördermitteln im Ausschuss beraten werde. Denkmalabriss mit Fördermitteln sei zum Glück nicht mehr möglich. Mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion sollten nicht mehr 38 Stadtteilprogramme entwickelt, sondern Entwicklungsprogramme für acht stadtteilübergreifende Bereiche ausgearbeitet werden.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** erläutert und begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion. Er stellt fest, dass im Punkt 6.01, Anlage 3, Seite 134, bereits die unterschiedlichen Auffassungen zum Stadtumbau aufeinander prallen. Die Aussagen zur konzentrischen Stadt beinhalten seinem Grunde nach das Ring- oder Zonenmodell der idealen Stadt. Deshalb erfolge die Neuformulierung des Punktes 1 des Änderungsantrages. Zweifellos sei es ein Spagat zwischen den drei grundlegenden Formen des Wohnens in Chemnitz, aber genau hier müsse das SEKo ansetzen. Rückbau müsse allein aufgrund der Geburtenrate weiterhin sein, aber den Rückbau fast ausschließlich von außen nach innen zu konzentrieren gehe nicht.

So müsse z. B. ein notwendiger Rückbau im Heckert-Gebiet deutlich im Sinne einer Aufwertung und nicht im Sinne einer Umstrukturierung des Wohnumfeldes erfolgen. Der Punkt 4 des Änderungsantrages betreffe das Flemminggebiet, welches bezogen auf das Durchschnittsalter älter als das Beimler- und das Yorckgebiet sei. Dabei müssen diese drei Wohngebiete gemeinsam in der Stadtentwicklung betrachtet werden. Der letzte Punkt des Änderungsantrages beziehe sich auf die Kleingärten der Stadt, welche nicht nur ökologisch wertvoll für die Stadt seien, sondern auch einen sozialen Aspekt hätten. Sie haben auch einen unheimlichen sozialen Aspekt.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion und meint, dass den Stadtumbau die Bürger bestimmen, der Stadtrat und die Verwaltung bestimmten nur die Leitlinien und prüfen die Umsetzungsstrategie. Denn nur, wenn die Bürger ein Mitspracherecht haben, dies auch wahrnehmen und die Probleme des Stadtumbaus mit ihnen diskutiert werden, könne der Stadtumbau gelingen. So sei seine Fraktion der Meinung, dass zukünftig die einzelnen Stadtteilkonzepte vorher mit den Bürgern und mit den Bürgerinitiativen besprochen werden, bevor sie im Ausschuss beschlossen werden. Dabei stimme er der Fraktion FDP zu, dass sich dies nicht auf 39 Stadtteile beziehen solle. Zum SEKo sagt er, dass ihm schleierhaft sei, wie sich die einzelnen Fachkonzepte des ehemaligen INSEP widerspiegeln sollen. Am Stadtentwicklungskonzept störe ihn als erstes, dass die Stadtumbau GmbH überhaupt nicht erwähnt werde. In diesem Zusammenhang kritisiert er, dass seitens der Landesdirektion überhaupt keine Unterstützung in Richtung Stadtumbau komme. Das vorliegende Konzept biete eine Reihe Spannungsfelder, wie z. B. den Brühl oder das Experimentelle Karree. Er teile viele Bedenken, die zum SEKo geäußert wurden und vermisse Visionen, erkenne aber auch eine Reihe positiver Ansätze. Er erklärt, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage mit Ausnahme von Herrn Kraneis zustimmen werde.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** stellt fest, dass mit der ausgereichten Beschlussvorlage eine recht gute Analyse der derzeitigen Verhältnisse vorliege und es recht nützlich sei, wie der Ist-Zustand detailliert aufgezeigt werde. Im Übrigen entnehme man dem Konzept, dass ansonsten alles verbessert werden solle. Klare Zukunftsplanungen oder konkrete Ausblicke fehlen allerdings weitestgehend. Wenn dieses Konzept seinen Zweck erfüllen solle, müsse es so gestaltet und formuliert werden, dass künftige Maßnahmen eindeutig nach diesem Konzept beurteilt werden könnten. Es müsse ein konkreter Punktekatalog für die einzelnen Klassifikationen entwickelt werden, der eine Einschätzung erlaube, ob eine Maßnahme der Entwicklung der Stadt förderlich sei oder eben nicht. Damit würde eine nachvollziehbare Objektivität erreicht werden. Mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion solle die Beschlussvorlage an die Verwaltung zur weiteren Überarbeitung zurückverwiesen und im März 2010 erneut vorgelegt werden. Dabei solle eine verkürzte Fassung vorgelegt werden, welche konkrete Dinge enthalte. Seine Fraktion sehe, dass die Stadt aus gesamtstädtischer Sicht entwickelt werden müsse und einzelne Stadtteilkonzepte nicht zu diesem Ergebnis führten. Er äußert sich zum Gebiet am Harthwald und meint, dass bei Abriss des Gebietes gewachsene soziale Strukturen zerstört werden würden und das vermieden werden solle. Aus der Beschlussvorlage gehe deutlich hervor, dass in Gegenden der Leerstand am größten sei, welche nicht zum Abriss stünden wie z. B. der Brühl. Die Bürger müssten selbst bestimmen können, wo sie leben möchten. Auch könne man Gebiete, wie ein experimentelles Karree, nicht von oben planen, sondern diese würden entstehen.

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** weist den Einwand von Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) zurück, dass er im Ausschuss nicht über die Ablehnung der Vorlage durch seine Fraktion gesprochen habe und erklärt, dass dies dort mehrfach und ausführlich passiert sei.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** erklärt, dass der hauptsächliche Grund für die Zustimmung seiner Fraktion zum SEKo darin bestehe, dass dieses kein Schritt zurück sei. Auch aus Sicht seiner Fraktion sei eine Bürgerbeteiligung in den Stadtteilkonzepten erforderlich. Er meint, dass durch Beschlüsse recht weitgehende Zugeständnisse an die Gebiete des industriellen Wohnungsbaus gemacht werden. Als Weiteres hoffe er, dass die vielen Fachkonzepte präzisiert und auch umgesetzt werden können.

Abschließend kritisiert er in diesem Zusammenhang, dass die zugesicherte Zuarbeit des Dezernates 6 zum Grünpflegekonzept erst Montag nach den Fraktionssitzungen einging und man dann nicht erwarten könne, dass die Stadtratsmitglieder die Vorlage „abnicken“.

**Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass seine Fraktion der Auffassung sei, dass der im Jahr 2004 gefasste Beschluss zu den Leitlinien der lokalen Agenda die Zukunftsorientierung für die Stadtentwicklung in Chemnitz besser darstellt als der Punkt 1 der heutigen Beschlussvorlage und dieser deshalb abgelehnt werde.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** geht auf verschiedene Grundsatzaussagen ein. So erklärt sie, dass die Leitlinien Ziele und Visionen für die Zukunft und nicht für den jetzigen Moment darstellen. Weiter sagt sie, dass das letzte Verkehrskonzept 2006 beschlossen wurde, mit welchem abgewogen wurde, welche Verkehrsprojekte noch wichtig seien und welche nicht mehr verfolgt werden sollten. Und gerade sei man dabei, ein detailliertes Radwegekonzept zu erarbeiten. Weiter erklärt sie, dass in Chemnitz sehr unterschiedliche Stadtquartiere bestehen und eine radikale Aufgabe von zentrumsfernen Quartieren in Chemnitz nicht konsensfähig sei und auch nicht das Ziel sein sollte. Dabei müsse aber geschaut werden, wo Prioritäten zu setzen seien und im SEKO seien ganz viele Aspekte enthalten, wie die Innenstadt auch zukünftig gestärkt werden solle. Zur Kritik, dass das SEKO zu unkonkret bzw. zu unübersichtlich sei, sagt sie, dass dies ein übergeordnetes Gesamtkonzept sei. Damit habe man eine Matrix sämtlicher Fachkonzepte, die entsprechend weiter zu verfolgen seien.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** sagt zum aktualisierten Änderungsantrag der Fraktion FDP, jeden mit Fördermitteln unterstützten Abriss dem Ausschuss vorzulegen, dass dies wahrscheinlich den Ausschuss überfordere und stellt fest, dass es auch nicht immer Aufgabe des Ausschusses bzw. des Stadtrates sei, über Abriss von privaten Gebäuden zu entscheiden, weil das die Grundrechte des Eigentümers betreffe.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt, dass es sich hierbei um 40 Gebäude handle und mit Verwaltungsaufblähung nichts zu tun habe. Zur Problematik der Straßenzüge sagt er, dass er überzeugt sei, dass diese Aufwertungsziele und -programme mit relativ wenig Arbeitsaufwand zu machen seien.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, was passiere, wenn ein Eigentümer eines Gebäudes dieses abreißen möchte, alle Kriterien des Fördermittelgebers erfülle, aber der zuständige Ausschuss den Antrag ablehne.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** vermutet, dass in diesem Fall der Rechtsweg beschränkt werden könne.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** zweifelt die Aussage von Herrn Stadtrat Dr. Füsslein, dass es sich hier um 40 Gebäude handle an. Abschließend weist er darauf hin, dass im Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion FDP von Chemnitzer Wohnungsgenossenschaften die Rede sei. Dies solle ggf. exakter mit „Wohnungsunternehmen“ oder „Wohnungseigentümer“ formuliert werden.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass es auch für seine Fraktion Für und Wider zum SEKo gebe, letztendlich aber eine gewisse Verpflichtung anstehe, nicht immer nur über Dinge zu diskutieren, sondern auch Entscheidungen zu treffen. Den Änderungsantrag der Fraktion FDP halte er für unpraktikabel, da hiermit im Zweifelsfalle Rechtsprobleme entstehen, welche nicht mehr beherrschbar seien. Hier bestehe durchaus die Möglichkeit, bei Verzicht des Punktes diese Dinge im Rahmen des Kuratoriums zu diskutieren.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** knüpft an die Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Wessler an, dass die Diskussion um das SEKo zeige, dass man mit diesem nicht am Ende der Diskussion, sondern auf dem Weg sei.

**Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion)** stellt fest, dass in dem gesamten Prozess viel Arbeit der Beteiligten stecke. Es solle sich auf den Punkt der gesamtstädtischen Umsetzungsstrategie konzentriert werden. Er erwarte, dass in der Handlungsmatrix direkt gesamtstädtisch und nicht nur stadtteilbezogen dargestellt werde, wie es im Einzelnen mit den Instrumenten umgesetzt und gekoppelt werde.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** stellt fest, dass es bereits in 90-er Jahren ein Stadtentwicklungskonzept Chemnitz 2020 gab. Sie habe den Eindruck, dass auf eine unangemessene Art Hoffnungen und Wünsche auf dieses Instrument projiziert werden, die vielleicht auf die Unzufriedenheit mit den Leitlinien von Stadtentwicklungen in den letzten Jahren zurückzuführen sind. Sie ist der Meinung, dass in das SEKo zu viel reingepackt werde und man bestimmte Diskussionen außerhalb des Stadtentwicklungskonzeptes führen müsse. Sie denke es gehe beim SEKo nur um die Frage, ob man staatlich subventionierten Abriss wolle oder nicht. Wolle man diese Subventionen, müsse das Stadtentwicklungskonzept vorgelegt werden.

**Herr Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP)** wirbt um die Zustimmung zum SEKo. Dabei werden jedoch Ergebnisse erwartet und die Verwaltung sei gefragt Lösungen vorzulegen, die auch umgesetzt werden und nicht nur in einem Konzept niedergelegt sind.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** sagt zum Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion FDP, dass nach seiner Erinnerung der Stadtrat im Jahr 2006 im Zusammenhang mit der Förderstrategie Stadtbau beschlossen habe, dass bei Denkmälern und städtebaulich wichtigen Gebäuden keine Förderung mit kommunalen Mitteln erfolge.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** stellt klar, dass der Antrag der Fraktion FDP alle Gebäude betreffe. Sie erklärt, zur Aussage von Herrn Horváth, dass ein Abriss nur mit dem Einverständnis der Unteren Denkmalschutzbehörde zulässig sei. Wenn ein Dissens bestehe, würde dies nicht gefördert werden.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Diskussion.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, entfällt eine Abstimmung über den Antrag.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
**(sehr viele Nein-Stimmen, wenige Ja-Stimmen)**

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** beantragt Einzelabstimmung der Punkte des Änderungsantrages der Fraktion FDP.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** zieht den Punkt 3 des Änderungsantrages seiner Fraktion zurück. Damit ist die Einzelabstimmung obsolet.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**

Abstimmung über den aktualisierten Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**  
**(viele Ja-Stimmen, wenige Nein-Stimmen, einige Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig bestätigt**  
**(viele Ja-Stimmen, wenige Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig bestätigt**  
**(wenige Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**

Abstimmung über Punkt 2 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**

Abstimmung über Punkt 3 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig bestätigt**  
**(wenige Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über Punkt 4 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**

**Beschluss B-181/2009**

Der Stadtrat beschließt:

1. die Leitlinien der Stadt Chemnitz 2020 laut Anlage 3; Kapitel 03.
2. die Umsetzungsstrategie laut Anlage 3; Kapitel 06 einschließlich der beschlossenen Änderungen aufgrund des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Aussagen des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Chemnitz 2020 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) für 39 Stadtteile detailliert darzustellen. Die mittelfristigen quartiersbezogenen Maßnahmen sind bis zum I. Quartal 2011 zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Report zur Abwägung der Stellungnahmen (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird zur Kenntnis genommen.

Der Stadtrat beschließt des Weiteren aufgrund der beschlossenen Änderungsanträge der Fraktion FDP, CDU-Ratsfraktion und SPD-Fraktion:

5. Für das Stadtzentrum (Innerer Ring, Bahnhofstraße, Straße der Nationen, Müllerstraße, Theaterstraße, Falkeplatz und die angrenzenden Bereiche) sind Erhaltungssatzungen vorzubereiten, damit innerstädtische Strukturen erhalten und diese Gebiete als Erhaltungs- und Verdichtungsräume ausgewiesen werden. Dabei ist dem Angebot an preiswerten und attraktiven innerstädtischen Wohnraum hohe Bedeutung beizumessen (Wohnen in der City).
6. In Zusammenarbeit mit der GGG und den Chemnitzer Wohnungsgenossenschaften in der Stadt Chemnitz
  - Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ eG Chemnitz
  - Chemnitzer Allgemeine Wohnungsgenossenschaft
  - Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft
  - Wohnungsbau Chemnitz-Helbersdorf
  - Sächsische Wohnungsgenossenschaft
  - Wohnungsgenossenschaft Chemnitz-West

sind Möglichkeiten und Voraussetzungen zu schaffen, den inzwischen weitgehend sanierten Wohnungsbestand in den Stadtteilen durch innerstädtische Beteiligungen zu ergänzen und damit dem Wohnen in der Chemnitzer City einen neuen Schub zu verleihen.

Dies kann durch Neubau, sollte jedoch vorrangig durch Übernahme von innerstädtischen Gebäuden/Grundstücken in verschiedenen Formen, wie Nießbrauch, Erwerb, Pacht und Erbpacht erfolgen.

Dieser Prozess ist im kommunalpolitischen Interesse durch die Stadtverwaltung zu initiieren, zu führen und zu begleiten. Der Stadtrat ist über den Fortgang in regelmäßigen Abständen in geeigneter Form zu informieren.



7. Nachdem in Chemnitz gegenwärtig bereits etwa 35 % der Stadtbevölkerung im „ländlichen Raum“ der Stadt wohnen, ist im Seko der Zusammenhalt und das Zusammenwachsen zwischen den ländlichen Wohngebieten, den Stadtteilen und der Kernstadt zu stärken.

Es sind Entwicklungsprogramme für acht stadtteilübergreifende Bereiche gemäß der Stadtgliederung für Einwohnerversammlungen auf der Grundlage von Stärken- und Schwächen-Analysen auszuarbeiten. Diese Entwicklungsprogramme dienen der späteren Erarbeitung von Stadtteilkonzeptionen. Termin für diskussionsreifen Entwurf: 30.10.2010.

8. Für die Aufwertung wichtiger Straßenzüge und Magistralen sind Aufwertungsziele und -programme auszuarbeiten. Besonders dringlich ist dies für die Leipziger Straße:  
Termin 30.10.2010.

Weitere wichtige Straßenzüge sind:

Zwickauer Straße  
Limbacher Straße  
Blankenauer Straße / Chemnitztalstraße  
Frankenberger Straße  
Dresdner Straße  
Heinrich-Schütz-Straße  
Augustusburger Straße  
Zschopauer Straße  
Bernsdorfer Straße / Reitbahnstraße  
Reichenhainer Straße  
Stollberger Straße  
Neefestraße  
Annaberger Straße

- 9.1 Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes (Bezeichnung Sanierungsgebiet Stadtumbau 1) zügig weiterzuführen und bis spätestens April 2010 dem Stadtrat zur Beschlussvorlage vorzulegen.
- 9.2 Die Verwaltung wird zusätzlich zur Beschlussvorlage beauftragt zu prüfen, wie die Gebiete Markersdorf und Hutholz als Gebietaufwertung auszuweisen sind. Dazu ist eine zeitnahe Abstimmung mit den hauptsächlich betroffenen Eigentümern und den Bewilligungsstellen zu führen. Über das Ergebnis ist der Stadtrat bis Dezember 2009 zu informieren
10. Die auf der Grundlage des SEKo 2020 zu erarbeitenden Stadtteilkonzepte sind in ihrer Entwurfsfassung öffentlich bekannt zu machen und auf Stadtteilkonferenzen mit der Einwohnerschaft zu diskutieren. Dabei sind insbesondere die Schwerpunktvorhaben der Stadtteilentwicklung zu erörtern. Anregungen der Einwohner sind in die weitere Behandlung der Stadtteilkonzepte durch das Baudezernat vor einer Beschlussfassung in geeigneter Form einzubeziehen und dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

- 7.3 Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2009 des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz und des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-415/2009 Einreicher: D 2/ASR/ESC
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-415/2009**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Göken, Pollak & Partner Treuhandgesellschaft mbH wird als Abschlussprüfer für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2009 des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz und die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 110 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO i. V. m. § 9 Abs. 2 Nr. 4 SächsEigBG bestellt.
2. Die Göken, Pollak & Partner Treuhandgesellschaft mbH wird als Abschlussprüfer für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2009 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz und die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 110 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO i. V. m. § 9 Abs. 2 Nr. 4 SächsEigBG bestellt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(1 Stimmenthaltung)**

- 7.4 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Entsorgung von Abfällen (Abfallsatzung-AbfS)  
Vorlage: B-342/2009 Einreicher: Dezernat 3/ASR
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass die Empfehlung des Kleingartenbeirates zum § 15 Absatz 7, Satz 1, das Wort „Vorabend“ durch „Vortag“ zu ersetzen in die Beschlussvorlage aufgenommen werde.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** erläutert den Änderungsantrag seiner Fraktion und erklärt, dass diese nicht der Meinung sei, dass die Bereitstellung des Sperrmülls auf den Vortag beschränkt werden solle. Er denkt, dass mit der Änderung der Mülltourismus unterbunden werden solle, aber mit der Regelung die Falschen getroffen werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(wenige Ja-Stimmen)**

**Beschluss B-342/2009**

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Entsorgung von Abfällen (Abfallsatzung-AbfS) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(1 Nein-Stimme)**

- 7.5 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung-AbfGebS)  
Vorlage: B-343/2009 Einreicher: Dezernat 3/ASR
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-343/2009**

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbfGebS) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(1 Nein-Stimme)**

- 7.6 Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-383/2009 Einreicher: Dezernat 2/FBB
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-383/2009**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt, die BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, als Abschlussprüfer für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz zu bestellen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.7 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 und Lagebericht des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-385/2009 Einreicher: Dezernat 2/FBB
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-385/2009**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt:

1. die Feststellung des von der BDO, Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Prüfbericht vom 3. April 2009) und vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Chemnitz (Bericht-Nr. 27/2009 vom 22. Juli 2009) geprüften Jahresabschlusses 2008 des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz,
  - 1.1. Bilanzsumme 15.478.412,77 €
  - 1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf:
    - das Anlagevermögen 14.257.322,16 €
    - das Umlaufvermögen 1.221.090,61 €

1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	2.746.741,52 €
	- die Sonderposten für Investitionszuschüsse	4.510.419,00 €
	- die sonstigen Rückstellungen	285.076,03 €
	- die Verbindlichkeiten	7.936.176,22 €
1.2	Jahresgewinn	76.241,72 €
1.2.1	Summe der Erträge	4.378.445,71 €
1.2.2	Summe der Aufwendungen	4.302.203,99 €
2.	die Verwendung des Jahresgewinns/Behandlung des Jahresverlusts,	
2.1.	bei einem Jahresgewinn in Höhe von	76.241,72 €
	a) zur Tilgung des Verlustvortrages	5.859,67 €
	b) zur Einstellung in Rücklagen	0,00 €
	c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde	70.382,05 €
	d) auf neue Rechnung vorzutragen	0,00 €
3.	die Entlastung der Betriebsleitung des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz.	

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

7.8 Friedhofssatzung für die von der Stadt Chemnitz verwalteten Friedhöfe  
Vorlage: B-406/2009 Einreicher: Dezernat 3/FBB

---

**Herr Bürgermeister Runkel** erklärt zum Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ, dass gerade die jetzt vorgeschlagenen Regelungen der Entwicklung Rechnung tragen, bürgerfreundlich und teilweise konkreter gefasst seien. Zum Änderungsantrag der Fraktion FDP sagt er, dass der § 25, Absatz 4 Friedhofssatzung, lediglich regelt, dass der Grabnutzer den Hinweis erhält, dass er das Grab entweder weiter nutzen oder beseitigen könne. Insoweit erhalte der Hinweis noch keine Genehmigung, das Grab abzubauen. Der zu beantragende Erlaubnisschein sei personenneutral.

**Herr Stadtrat Reinshagen (Fraktion FDP)** zieht aufgrund der Ausführungen von Herrn Bürgermeister Runkel den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** äußert, dass die Schließzeiten mit der Formulierung „Eintritt der Dämmerung“ nicht mehr zeitgemäß seien. Des Weiteren fragt er, wann es sich um eine Versammlung zum Totengedenken handle.

**Herr Bürgermeister Runkel** erklärt, dass Trauerveranstaltungen und Trauerfeiern privater Natur den Begriff Versammlung natürlich nicht umfassen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** räumt ein, dass man für zukünftige Regelungen eine feste Zeit formulieren solle.

Abstimmung über den Änderungsantrag Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(viele Nein-Stimmen, wenige Ja-Stimmen,  
einige Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-406/2009**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt die Friedhofssatzung für die von der Stadt Chemnitz verwalteten Friedhöfe gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(wenige Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.9 1. Satzung zur Änderung der Gebühren- und Kostensatzung für die Benutzung der von der Stadt Chemnitz verwalteten Friedhöfe  
Vorlage: B-408/2009 Einreicher: Dezernat 3/FBB
- 

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Beschluss B-408/2009**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Gebühren- und Kostensatzung für die von der Stadt Chemnitz verwalteten Friedhöfe gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.10 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Bewirtschaftung der Schulen in Höhe von 695.730 €  
Vorlage: B-421/2009 Einreicher: Dezernat 1/Amt 40
- 

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** erinnert, dass im Schulausschuss durch die Verwaltung eine Aufstellung zur Zusammensetzung der Preissteigerungen zugesagt wurde, welche noch nicht vorliege und bittet um Nachreichung dieser Aufstellung.

**Herr Näther (Amtsleiter Amt 40)** sagt, dass dieses Material erarbeitet wurde und ausgereicht werde.

**Beschluss B-421/2009**

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Deckung der Bewirtschaftungskosten der Schulen in den Gruppierungen 54000 (Mehrbedarf Heizkosten) und 54100 (Mehrbedarf Entsorgungskosten) in einer Höhe von 695.730 € entsprechend Anlage 4 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(1 Stimmenthaltung)**

- 7.11 Über- bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Realisierung von investiven Maßnahmen im Sportamtsbereich  
Vorlage: B-371/2009 Einreicher: Dezernat 5/Amt 52
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-371/2009**

Der Stadtrat beschließt die über- bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Realisierung von investiven Maßnahmen im Sportamtsbereich aus der Haushaltsstelle gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.12 Überplanmäßige Mittelbereitstellung zu Gunsten des Budgets Jugendhilfe  
Vorlage: B-388/2009 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-388/2009**

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Budget Jugendhilfe entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

- 7.13 Überplanmäßige Mittelbereitstellung zu Gunsten des Kommunalen Finanzierungsanteiles für das Verwaltungskostenbudget 2009 der ARGE SGB II Chemnitz  
Vorlage: B-376/2009 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-376/2009**

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Bereitstellung zu Gunsten des Kommunalen Finanzierungsanteils für das Verwaltungskostenbudget 2009 an die ARGE SGB II Chemnitz, Haushaltsstelle 40610.67800 - Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende/Eingliederung, Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsaufwand - in Höhe von 459.013 € gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.14 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH  
Vorlage: B-368/2009 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-368/2009**

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

**(1 Stimmenthaltung)**

- 7.15 Novellierung Nahverkehrsplan 2006 - 2011  
Vorlage: B-380/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-380/2009**

Der Stadtrat beschließt:

1. den auf der Basis der EU-Verordnung Nr. 1370/2007 novellierten Nahverkehrsplan für den Zeitraum 2006 – 2011 entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage.
2. Der Nahverkehrsplan wird dem Verkehrsverbund Mittelsachsen zwecks Integration in den Nahverkehrsplan des Verbundraumes übergeben.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(1 Nein-Stimme)**

- 7.16 Konzept zur Neuvergabe auslaufender Konzessionen nach Energiewirtschaftsgesetz  
Vorlage: B-443/2009 Einreicher: Dezernat 3/Projektgruppe
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass entsprechend § 16 Vergabeverordnung natürliche Personen bei Entscheidungen in einem Vergabeverfahren nicht mitwirken dürfen soweit sie bei einem Bieter oder Bewerber als Mitglied des Aufsichtsrates tätig sind.

Insofern seien die Oberbürgermeisterin und Herr Bürgermeister Nonnen befangen und würden an der Beratung/Diskussion nicht teilnehmen.

Als Stadtratsmitglieder wurden Herr Dr. Christoph Gericke, Herr Tino Fritzsche und Herr Dr. Eberhard Langer als Stadtratsmitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Chemnitz AG gewählt, sind somit ebenfalls befangen und können an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen.

Da jedoch ausdrücklich keine Befangenheit nach § 20 SächsGemO vorliege, werde die Oberbürgermeisterin die Sitzung auch zu diesem TOP leiten.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** fragt, ob ggf. auch Befangenheit bei den Aufsichtsratsmitgliedern der VVHC vorliege.

**Frau Obels (Amtsleiterin Amt 30)** erklärt, dass sich die Befangenheit nach der Vergabeverordnung richte und dementsprechend die gleichen Maßstäbe auch bei den Mitgliedern der VVHC anzuwenden seien.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** stellt somit als Versammlungsleiterin fest, dass das zu Beginn Vorgetragene auch für alle gewählten Mitglieder der VVHC gelte.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt zur Formulierung in Anlage 2, Seite 5, „Hierüber soll dem Stadtrat vor Beschlussfassung über den Neuabschluss eines Konzessionsvertrages das Gutachten eines unabhängigen

Sachverständigen vorgelegt werden“, was das Kriterium für „unabhängig“ sei.

Sie bringt folgenden Änderungsantrag ihrer Fraktion ein.

*„Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die auslaufenden Wegenutzungsverträge, Konzessionsverträge für Strom und Gas im Stadtgebiet Chemnitz in einem den Anforderungen des Energiewirtschaftsrechts entsprechenden Verfahren unter Beachtung der in Anlage 3 niedergelegten Eckpunkte auszuschreiben. Die endverhandelten bzw. verhandelten Angebote aller Bewerber, die am Verhandlungsverfahren teilgenommen haben, sind dem Stadtrat zur abschließenden Entscheidung und Bestätigung vorzulegen.“*

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** fragt Herrn Bürgermeister Runkel, inwieweit man bei der Verhandlung der Verträge von dem Endstadium ausgehen könne in dem Sinne, dass es dann tatsächlich eine größere Gruppe von Bewerbern gebe, mit denen Verträge entscheidungsreif endverhandelt werden oder ob diese Verhandlung nicht schon vorher abgebrochen werde, wenn möglicherweise mehrere Bewerber in die engere Auswahl kommen.

**Herr Stadtrat Reinshagen (Fraktion FDP)** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis der Beschlussvorlage in den Ausschuss, da es noch offene Fragen gebe.

**Frau Stadträtin Giegengack (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** könne den Geschäftsordnungsantrag nicht nachvollziehen, weil über die Thematik intensiv gesprochen wurde.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass es sich hierbei um ein zweistufiges Verfahren handle. Hintergrund des Änderungsantrages sei, dass der Energiemarkt im Wandel und es eine Chance sei, wenn man als Stadt vielleicht auch gestaltenden Einfluss auf bestimmte Sachen haben könnte.

**Herr Bürgermeister Runkel** macht Ausführungen zum Verfahren und erklärt, dass man die Risiken abwägen müsse. Aus seiner Sicht sei es Geschäft der laufenden Verwaltung, dies zu gestalten und die entsprechenden Vertragsverhandlungen vorzubereiten. Eine Information an den Stadtrat werde in jedem Fall erfolgen. Er denkt aber, dass es nicht sein könne, dem Stadtrat sämtliche Angebote vorzulegen, dass die Verwaltung das aus ihrer Sicht günstigste Angebot vorlegt. Zweifellos sei die Einsichtnahme in die Unterlagen unbenommen.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** stellt fest, dass im Änderungsantrag nicht enthalten sei, dass der Stadtrat über jedes eingegangene Angebot informiert werden will, sondern nur über die, die schon auf Grund einer ersten Vorauswahl in dieses Verhandlungsverfahren einbezogen werden.

**Herr Bürgermeister Runkel** sieht die Gefahr, dass dies ausufere, da nicht bekannt sei, wie viele Bewerber es geben werde.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** hält es für die geeignete Variante, den zuständigen Fachausschuss damit zu betrauen. Er halte es nicht für zielführend, sich im Stadtrat mit so hochkomplexen Fragen im Detail zu beschäftigen.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** fragt, ob es für Frau Zais in Ordnung wäre, dass es in den Ausschüssen entsprechende Informationen gebe oder ob sie die Behandlung definitiv im Stadtrat wünsche.



**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** meint, dass es hier um eine nicht unwesentliche Einnahme der Stadt gehe, wo auch andere Positionen noch verhandelbar wären. Und sie möchte als Stadträtin einen breiteren Blick darauf haben und diese Entscheidung explizit in dieser Frage nicht nur einem Fachausschuss überlassen.

**Herr Stadtrat Dr. Schultz (CDU-Ratsfraktion)** informiert, dass in einem Vortrag im Verwaltungs- und Finanzausschuss deutlich gemacht wurde, worum es hierbei gehe.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass die Entscheidung eigentlich schon mit dem Beschluss zur Ausschreibung losgehe. Dabei gebe es eine Handlungsempfehlung des Deutschen Städte- und Gemeindetages, wo vieles drinsteht, worauf man sich einlassen müsse. Und es sei die politische Verantwortung des Stadtrates auf diese Kriteriengestaltung Einfluss zu nehmen.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** möchte die verhandelten Angebote, bei denen die Stadt bzw. die Projektgruppe der Auffassung ist, dass diese kompetent sind, im Stadtrat diskutieren.

**Herr Bürgermeister Runkel** denkt, dass der Verwaltungs- und Finanzausschuss ein geeignetes Gremium für die Mitwirkung sei und dieser mit in die Frage der Ausschreibung einbezogen werde. Dem Stadtrat werde vorgeschlagen, welcher Anbieter diese Kriterien am besten erfülle. Er denkt, dies sei ausreichende Transparenz.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** sagt, wenn der Stadtrat bereit sei, sich dieser Thematik anzunehmen, solle dies erfolgen.

**Herr Bürgermeister Runkel** denkt, dass dies den Zeitrahmen sprengen würde und dass mit entsprechender sachkundiger Vorbereitung Genüge getan werden könne.

#### Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in den Ausschuss

**Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich abgelehnt**

#### Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich abgelehnt  
   (25 Nein-Stimmen, 14 Ja-Stimmen,  
   3 Stimmenthaltungen)**

#### **Beschluss B-443/2009**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die auslaufenden Wegenutzungsverträge (Konzessionsverträge) für Strom und Gas im Stadtgebiet der Stadt Chemnitz in einem den Anforderungen des Energiewirtschaftsrechts entsprechenden Verfahren und unter Beachtung der in Anlage 3 der Beschlussvorlage niedergelegten Eckpunkte auszuschreiben. Das Angebot des Bewerbers, das sich nach Durchführung des oben genannten Verfahrens als für die Stadt Chemnitz am vorteilhaftesten darstellt, ist dem Stadtrat zur abschließenden Entscheidung und Bestätigung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

**(wenige Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen)**

**Pause von 18:55 bis 19:15 Uhr**

- 7.17 Grundsatzbeschluss zum endgültigen Standort der Städtischen Musikschule Chemnitz  
Vorlage: B-328/2009 Einreicher: Dezernat 5/SE 41
- 

**Herr Stadtrat Konrad (Fraktion FDP)** erklärt, dass die städtische Musikschule auf Grund der gestiegenen und weiter steigenden Schülerzahlen im Raumangebot erweitert werden müsse. Dabei werden für das bisherige Objekt auf dem Kaßberg 3 Mio. € geschätzt und 6 Mio. € für das alternative Objekt am Brühl. Hier gehöre zur Beschlussabwägung auch die Übereinstimmung mit den Zielen der Stadtentwicklung, des Zentrenkonzeptes und anderer Entwicklungsziele, so auch am Brühl. Er betont, dass die Sanierungs- und sonstigen Investkosten auf Schätzungen beruhen und im Rahmen der künftigen Arbeiten und Planungen ggf. angepasst werden müssen. Seine Fraktion möchte dafür werben, über den Tellerrand der Musikschule vom Kaßberg zu schauen und dies als Chance für eine städtebauliche Entwicklung, für einen An Schub der Veränderung an der Mühlenstraße als Teilstück des Brühl zu nutzen. Ein erster Schritt für weitere Investitionen in die Bausubstanz am Brühl wäre damit getan und weitere könnten folgen. Bei der Entscheidung zur Musikschule gehe es zwar um viel Geld, aber auch um eine nachhaltige Entscheidung für die Entwicklung der Stadt Chemnitz.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass sich seine Fraktion für Beibehaltung des jetzigen Standortes Gerichtsstraße ausspreche. Auch die meisten Schüler und Lehrer wollen in diesem Gebäude bleiben. Darüber hinaus wurden in die Schule schon 1,5 Mio. € städtische Mittel verbaut. Auch einen Verkauf des Gebäudes halte er für nicht realistisch. Der Sanierungsbedarf am Brühl liege doppelt so hoch wie an der Gerichtsstraße. Außerdem halte seine Fraktion das Gebäude der Liebknecht-Schule nicht für geeignet. Ebenso wenig könne man das Argument der Belebung des Brühls nachvollziehen, da die Schüler nach dem Unterricht in ihre Stadtteile zurück fahren und niemand auf den Brühl ziehen werde, weil dort die Musikschule sei. Ideen für eine Kunstschule an diesem Standort seien für eine Brühlbelebung eher förderlich.

**Herr Stadtrat Bauer (SPD-Fraktion)** sagt, dass die Eltern und Schüler mit der Musikschule auf der Gerichtsstraße auch eine Beziehung aufgebaut haben und deutlich spürbare Veränderungen wünschen. Er bittet der Vorlage zuzustimmen.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** betont, dass sich die CDU-Ratsfraktion ebenfalls für den Erhalt der Musikschule auf dem Kaßberg ausspreche. Der Brühl müsse zwar belebt werden, aber das müsse anders und nicht durch die Musikschule erfolgen.

**Frau Stadträtin Weber (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass sich auch die Fraktion DIE LINKE für den Verbleib der Musikschule auf dem Kaßberg ausspreche und jede weitere Verzögerung nicht zu verantworten sei.

**Herr Stadtrat Lohse (Fraktion FDP)** erklärt, dass für ihn die Beschlussvorlage eigentlich nicht entscheidungswürdig sei, weil der Grundsatzbeschluss nicht formuliert wurde, warum die Musikschule auf dem Kaßberg bleiben solle oder warum sie auf den Brühl gehen solle. Die Kostengegenüberstellung zweifle er an, weil die exakten runden und nicht detailliert begründeten Summen für ihn keine Grundlage seien, eine Entscheidung zu treffen.

**Frau Stadträtin Giegengack (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass mit einem Grundsatzbeschluss der Weg freigegeben werde für eine Zukunft der Musikschule. Die Zahlen der Verwaltung anzuzweifeln sei sicher berechtigt, aber der finanzielle Unterschied sei doch erheblich.

**Herr Stadtrat Konrad (Fraktion FDP)** zieht den Antrag auf Verweis der Vorlage in den Ausschuss zurück, beantragt aber Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmung über Beschlusspunkt 1 der Vorlage

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(einige Nein-Stimmen, wenige Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über Beschlusspunkt 2 der Vorlage

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(wenige Stimmenthaltungen)**

#### **Beschluss B-328/2009**

1. Der Stadtrat beschließt den Verbleib der Städtischen Musikschule Chemnitz im Objekt Gerichtsstraße 1 – 3 in Chemnitz.
2. Zur Prüfung und Realisierung der Sanierungsarbeiten einschließlich des erforderlichen Ergänzungsneubaus stellt das Kulturbüro der Stadt Chemnitz in den Haushaltsplan 2010 im Vermögenshaushalt 140.000 € für Planungsleistungen ein.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

- 7.18 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten  
Vorlage: B-333/2009 Einreicher: Dezernat 1/ZVD
- 

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion damit, dass generell für Chemnitz-Passinhaber keine finanziellen Erhöhungen erfolgen sollten.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

#### **Beschluss B-333/2009**

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten einschließlich der beschlossenen Änderung aufgrund des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE zum § 2, Tarifgruppe 6, Tarifnummer 5.2 zweiter Anstrich.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

**(wenige Stimmenthaltungen)**

- 7.19 Abwägungsbeschluss und Beschluss zur 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz  
(Bereich des ehemaligen Munitionslagers Euba und Umgebung im Stadtteil Euba)  
Vorlage: B-264/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über die Stellungnahme des Ortschaftsrates Euba

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

**Beschluss B-264/2009**

Der Stadtrat beschließt:

1. die Abwägungen zum Abwägungsbeschluss und Beschluss zur 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz (Bereich des ehemaligen Munitionslagers Euba und Umgebung im Stadtteil Euba.
2. Die 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz in der Fassung vom September 2008 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird beschlossen.
3. Die Begründung mit dem Umweltbericht zur 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz in der Fassung vom Juni 2009 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.
4. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in der 25. Änderung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(wenige Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen)**

- 7.20 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 08/01 Wohnungsbaustandort Weydemeyerstraße/Kieselhausenstraße  
Vorlage: B-413/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-413/2009**

Der Stadtrat beschließt:

1. die Abwägungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 08/01 Wohnungsbaustandort Weydemeyerstraße/Kieselhausenstraße.

2. Auf Grund des § 12 des Baugesetzbuches in Verbindung mit §§ 13a und 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 08/01 Wohnungsbaustandort Weydemeyerstraße/ Kieselhausenstraße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), in der Fassung vom 08.04.2009 als Satzung (Anlage 3 der Beschlussvorlage).
3. Die Begründung in der Fassung vom 10.09.2009 wird gebilligt (Anlage 4 der Beschlussvorlage).

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(1 Stimmenthaltung)**

- 7.21 Bauausführungsbeschluss für die Maßnahme "Sanierung ehem. Gaswerk I in Chemnitz, Zwickauer Straße 83/85"  
Vorlage: B-271/2009 Einreicher: Dezernat 3/Amt 36
- 

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt, dass es Vorschlag der Verwaltung sei, mit der Nutzung dieser Fläche die Investition zu verbinden. Auf Nachfrage habe sich jedoch herausgestellt, dass dieses Grundstück bei Verwendung von Fördermitteln aus fördermitteltechnischen Gründen 15 Jahre nicht verkauft werden könne. Er finde es nicht als dringlichste Aufgabe, dies derzeit mit eigenen finanziellen Mitteln zu tun und bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** empfindet den Vorschlag als „Nonsens“ da dieses Grundstück mit einer Altlast sicher nicht verkauft werde.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** spricht gegen den Änderungsantrag der Fraktion FDP. Er denkt, dass für das alte Gaswerk Sanierungsgebot bestehe und erklärt, dass man verpflichtet sei, diese Fläche weiter zu rekultivieren und Altlasten zu entsorgen. Die Fördermittel stünden bereit und er bittet dem Antrag der Fraktion FDP nicht zuzustimmen.

**Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion)** weist darauf hin, dass in der Begründung der Vorlage enthalten sei, dass man rein ordnungsrechtlich als Gefahrenabwehrmaßnahme zur Sanierung verpflichtet sei. Auch wisse man nicht, wie lange die Fördermittel noch zur Verfügung stehen.

**Herr Bürgermeister Runkel** informiert, dass Untersuchungen belegen, dass die vorhandenen Schadstoffe Grundwasserbelastungen nach sich ziehen. Zum Änderungsantrag der Fraktion FDP erklärt er, dass die Landesdirektion die Stadt beauftragt habe, die Sanierung vorzunehmen. Darüber hinaus sehe es im Moment so aus, dass für das nächste Jahr noch gute Chancen bestehen, Fördermittel zu erlangen. Bei Verzögerungen könnten keine oder allenfalls noch geringe Fördermit-

tel fließen. Außerdem werde das Grundstück bereits als Parkfläche genutzt.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** sagt, dass nach seiner Kenntnis die Erbpacht kein Widerspruch zum Verkauf sei und somit durch Erbpacht bereits heute etwas getan werden könne.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** meint, dass nichts gegen den Änderungsantrag der FDP spreche.

**Herr Bürgermeister Runkel** erklärt, dass durch Verkauf die Zweckbindung durchbrochen werde. Auch müsse man einen geplanten Verkauf in 12 Jahren nicht im heutigen Beschluss festschreiben.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass aber eine gesicherte Nachnutzung beschlossen werden könne.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass es erst einmal darum gehe, dass die lebensgefährlichen Giftstoffe entsorgt werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(28 Nein-Stimmen, 26 Ja-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-271/2009**

1. Der Stadtrat beschließt die Maßnahme „Sanierung ehem. Gaswerk I in Chemnitz, Zwickauer Straße 83/85 im Zeitraum 10/2010 bis 03/2011
2. Die Maßnahme wird nur unter der Voraussetzung der Bewilligung von Fördermitteln gemäß Förderrichtlinie Boden- und Grundwasserschutz – RL BuG/2007 in Höhe von 50 % und der Bewilligung der Haushaltssatzung 2010 durchgeführt.
3. Die Ausführungsplanung und die Vorbereitung der Vergabe zur Sanierung des ehemaligen Gaswerkes werden im November 2009 beauftragt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(wenige Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen)**

- 7.22 Benennung der entstehenden Erschließungsstraßen im Baugebiet "An der Riedstraße"  
Vorlage: B-095/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 62
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-095/2009**

Der Stadtrat beschließt:

Mit dem Bauvorhaben „An der Riedstraße“ wird der Geltungsbereich der Straßennamen „Unritzstraße“ und „Jacquardstraße“ erweitert. Die beiden neu entstehenden Erschließungsstraßen erhalten die Bezeichnungen „Bauernweg“ und „Riedbachweg“.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

- 7.23 Berufung der Mitglieder in das Kuratorium Stadtgestaltung  
Vorlage: B-417/2009 Einreicher: Oberbürgermeisterin und Dezernat 6
- 

Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Kuratoriums

Vorgeschlagen werden

Prof. Heinz Nagler  
Dr. Carlo W. Becker  
Prof. Barbara Hoidn  
Dr. Arnold Bartetzky  
Dr. Fritz Reusswig  
Prof. Dr. Henry Schulz  
Prof. Karl Clauss Dietel  
Peter Kalfels

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis:           mehrheitlich gewählt  
                                 (wenige Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen)**

Wahl der nicht stimmberechtigten Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Da mehrere Wahlvorschläge vorliegen, findet Verhältniswahl statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Brete als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert die Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**- Wahlhandlung -**

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schlägt vor, während des Auszählens der Stimmzettel mit dem TOP 7.24 in der Tagesordnung fortzufahren. Zu dieser Verfahrensweise gibt es keinen Widerspruch.

- 7.24 Berufung der Mitglieder des Behindertenbeirates der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-352/2009 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50

Beschlusspunkt 1 – Berufung der sachkundigen Einwohner

Der Sozialausschuss hat sich als fachlich zuständiger Ausschuss geeinigt, folgende acht Bewerber dem Stadtrat zur Berufung als sachkundige Einwohner in den Behindertenbeirat zu empfehlen.

Frau Anja Voigt  
Herr Jürgen Böhm  
Herr Horst Wehner  
Herr Klaus Möbius  
Herr Jens Heydecke  
Herr Kay Uhrig  
Frau Julia Wunsch  
Frau Karla Brümmer

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, ob sich in Anerkennung des Vorbereitungsergebnisses des Sozialausschusses darauf verständigt werden könne, die o. g. Bewerber durch Einigung als sachkundige Einwohner in den Behindertenbeirat zu berufen oder ob es Widerspruch gebe.

Da es hierzu keinen Widerspruch gibt, liegt seitens des Stadtrates **Einigung** über die Besetzung der sachkundigen Einwohner des Behindertenbeirates vor.

\*\*\*

### **Fortführung des TOP 7.23**

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** gibt das Wahlergebnis zur **Wahl der nicht stimmberechtigten Mitglieder des Kuratoriums aus der Mitte des Stadtrates** bekannt.

### **Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 55  
abgegebene Stimmen: 55

davon  
gültige Stimmen: 55  
ungültige Stimmen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1: 12 Stimmen  
Wahlvorschlag 2: 12 Stimmen  
Wahlvorschlag 3: 6 Stimmen  
Wahlvorschlag 4: 13 Stimmen  
Wahlvorschlag 5: 12 Stimmen

Somit wurden gewählt:

1. Platz	Wahlvorschlag 4	Dr. Gerhard Schultz	Jürgen Leistner
2. Platz	Wahlvorschlag 1	Dr. Dieter Füsslein	Hans-Peter Lohse
3. Platz	Wahlvorschlag 2	Thomas Scherzberg	Karl-Friedrich Zais
4. Platz	Wahlvorschlag 5	Jacqueline Drechsler	Klaus Möstl



**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass sich der **Planungs- und Umweltausschuss als fachlich zuständiger Ausschuss lediglich bei folgenden drei Bewerbern einigen** konnte, diese dem Stadtrat zur Berufung als sachkundige Einwohner in das Kuratorium Stadtgestaltung zu empfehlen.

Herr Heiko Richter  
Herr Frank Kotzerke  
Herr Karl-Joachim Beuchel

Vor Beginn der Sitzung habe man sich jedoch fraktionsübergreifend auch auf Herrn Ullrich Löschner verständigen können.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, ob sich darauf verständigt werden könne, die o. g. Bewerber durch Einigung als Sachverständige/sachkundige Einwohner in das Kuratorium zu berufen oder ob es Widerspruch gebe.

Hierzu gibt es keinen Widerspruch. Somit erfolgt abschließend geheime Wahl zum 5. zu besetzenden Platz.

\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schlägt vor, während der Fertigung der Stimmzettel mit der Wahl der Mitglieder des **Behindertenbeirates** aus der Mitte des Stadtrates fortzufahren. Zu dieser Verfahrensweise gibt es keinen Widerspruch.

#### Wahl der drei Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

#### **Wahlvorschlag 1: Fraktion DIE LINKE**

Susanne Schaper (Fraktion DIE LINKE)

#### **Wahlvorschlag 2: CDU-Ratsfraktion**

Michael Walter (CDU-Ratsfraktion)

#### **Wahlvorschlag 3: SPD-Fraktion**

Jacqueline Drechsler (SPD-Fraktion)

#### **Wahlvorschlag 4: Fraktion FDP**

Jürgen Konrad (Fraktion FDP)

Da mehrere Wahlvorschläge vorliegen, findet Verhältniswahl statt.

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schlägt vor, während der Auszählung der Stimmzettel mit der Wahl der Mitglieder des **Schulausschusses** fortzufahren. Zu dieser Verfahrensweise gibt es keinen Widerspruch.

- 7.25 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/Einwohner als beratende Mitglieder in den Schulausschuss  
Vorlage: B-315/2009 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass sich der Schulausschuss als fachlich zuständiger Ausschuss geeinigt habe, folgende fünf Bewerber dem Stadtrat zur Berufung als sachkundige Einwohner in den Schulausschuss zu empfehlen.

Anett Bartl (Vertreterin des Kreiselternrates)  
Leon Weidauer (Vertreter des Stadtschülerrates)  
Herr Jan Heilmann  
Herr Günter Lustig  
Frau Katrin Scharrer

**Herr Stadtrat Wolf (fraktionslos)** legt Widerspruch zu einer Einigung ein.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, ob aufgrund des Widerspruchs zur Einigung die vorgeschlagenen Bewerber des Kreiselternrates und des Stadtschülerrates offen gewählt werden könnten. Zu diesem Verfahren gibt es keinen Widerspruch.

#### Wahl von Frau Barthel

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(1 Stimmenthaltung)**

#### Wahl von Herrn Weidauer

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(1 Stimmenthaltung)**

**Frau Stadträtin Giegengack (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** spricht für die Bewerberin Frau Julia Wunsch.

Zu den Plätzen 3 bis 5 findet jeweils geheime Wahl statt.

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

#### **- Wahlhandlung -**

Während der Stimmenauszählung zum 3. Platz des Schulausschusses gibt **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** das Wahlergebnis zum **5. Platz der Sachverständigen/sachkundige Einwohner des Kuratoriums** bekannt.

### Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte:	56
abgegebene Stimmen:	54
davon	
gültige Stimmen:	53
ungültige Stimmen:	0
Stimmehaltungen	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Kunze, Andreas	
Lange, Ulrich	
Weber, Bernd	3 Stimmen
Remmler, Liane	22 Stimmen
Fritzsche, Peter	1 Stimme
Prof. Dr. von Borczyskowski, Christian	1 Stimme
Pitsch, Peter	21 Stimmen
Thiele Jörg	1 Stimme
Aurich, Michael	
Beier, Luth	
Esche, Rolf	
Feuerbach, Frank	
Fromm, Anne	
Hoffmann, Michael	
Kaden, Kay	
Kermer, Gunther	
Lang, Birgit	
Liebold, Sebastian	2 Stimmen
Molch, Silke	2 Stimmen
Schlegel, Rolf	

Da kein Bewerber die erforderliche Mehrheit erreicht hat, findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen, Frau Liane Remmler und Herrn Peter Pitsch statt.

\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** gibt das Wahlergebnis zum **3. Platz für den Schulausschuss** bekannt.

anwesende Stimmberechtigte:	56
abgegebene Stimmen:	54
davon	
gültige Stimmen:	54
ungültige Stimmen:	0
Stimmehaltungen	0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Appelt, Susanne	
Bergmann, Bernd	1 Stimme
Burghart, Ralph	
Ehnert, Eva-Maria	
Fluhr, Roland	
Goldnau, Sven	
Heilmann, Jan	36 Stimmen
Hetzel, Ines	
Hohenstein, Elisabeth	4 Stimmen
Jenner, Roland	
Kretzschmar, Klaus	
Laube, Sebastian	
Lustig, Günter	
Reichel, Nadin	
Ritter, Lars	
Scharrer, Katrin	
Spitzner, Hans-Peter	8 Stimmen
Theeg, Frank	1 Stimme
Thümmel, Uwe	1 Stimme
Thumser, Petra	
Walther, Tanja	
Wunsch, Julia	1 Stimme

**Herr Heilmann** hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit als Mitglied in den Schulausschuss gewählt.

7.26 Berufung der Mitglieder des Ausländerbeirates der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-367/2009 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50

---

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schlägt vor, während des Auszählens der Stimmen zum 4. zu besetzenden Platz des Schulausschusses mit der Wahl des Ausländerbeirates fortzufahren. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Sozialausschuss hat sich als fachlich zuständiger Ausschuss geeinigt, folgende acht Bewerber dem Stadtrat zur Berufung als sachkundige Einwohner in den Ausländerbeirat zu empfehlen.

Herr Sadik Al-Biladi  
Frau Erika Dressel  
Frau Elena Gaft  
Herr Jean Mfuansoni Simba  
Herr Pedro Martin Montero Perez  
Herr Van Duc Nguyen  
Frau Marianela Reichel  
Herr Dymitro Remestvensky

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, ob sich in Anerkennung des Vorberatungsergebnisses des Sozialausschusses darauf verständigt werden könne, die o. g. Bewerber durch Einigung als sachkundige Einwohner in den Ausländerbeirat zu berufen oder ob es Widerspruch gebe.

Da es hierzu keinen Widerspruch gibt, liegt seitens des Stadtrates **Einigung** über die Besetzung der sachkundigen Einwohner des Ausländerbeirates vor.

#### Wahl der fünf Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass seitens der Fraktion FDP als vorschlagsberechtigte Fraktion ein weiterer Wahlvorschlag eingereicht wurde und bezieht sich auf den Geschäftsordnungsantrag des Herrn Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) unter TOP 2, entsprechend § 37 Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz in diesem Fall eine Abweichung von der Geschäftsordnung zu beschließen, um diesen Wahlvorschlag noch berücksichtigen zu können.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** erklärt, dass nach seiner Sicht eine Abweichung von der Geschäftsordnung nicht korrekt sei und dies lediglich durch eine Einigung ginge.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** spricht für den Antrag, die Geschäftsordnung außer Kraft zu setzen.

#### Abstimmung über den Antrag

**Abstimmungsergebnis: mit großer Mehrheit bestätigt  
(4 Nein-Stimmen)**

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

#### **Wahlvorschlag 1: Fraktion DIE LINKE**

Verona Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)

#### **Wahlvorschlag 2: SPD-Fraktion**

Maik Otto (SPD-Fraktion)

#### **Wahlvorschlag 3: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ**

Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)

#### **Wahlvorschlag 4: CDU-Ratsfraktion**

Joachim Höfler (CDU-Ratsfraktion)

#### **Wahlvorschlag 5: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Petra Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Wahlvorschlag 6: Fraktion FDP**

Wolfgang Meyer (Fraktion FDP)

Da mehrere Wahlvorschläge vorliegen, findet **Verhältnisswahl** statt.

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**- Wahlhandlung -**

Während der Auszählung der Stimmen zur Wahl der Mitglieder des Ausländerbeirates gibt **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** das **Wahlergebnis zum 4. zu besetzenden Platz des Schulausschusses** bekannt.

anwesende Stimmberechtigte: 56  
abgegebene Stimmen: 54

davon  
gültige Stimmen: 54  
ungültige Stimmen: 0  
Stimmehaltungen 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Appelt, Susanne	
Bergmann, Bernd	2 Stimmen
Burghart, Ralph	
Ehnert, Eva-Maria	
Fluhr, Roland	
Goldnau, Sven	
Hetzel, Ines	
Hohenstein, Elisabeth	3 Stimmen
Jenner, Roland	
Kretzschmar, Klaus	1 Stimme
Laube, Sebastian	
Lustig, Günter	36 Stimmen
Reichel, Nadin	
Ritter, Lars	
Scharrer, Katrin	
Spitzner, Hans-Peter	8 Stimmen
Theeg, Frank	
Thümmel, Uwe	
Thumser, Petra	
Walther, Tanja	
Wunsch, Julia	4 Stimmen

**Herr Lustig** hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit als Mitglied des Schulausschusses gewählt.

7.27 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/Einwohner als beratende Mitglieder in der Planungs- und Umweltausschuss  
Vorlage: B-290/2009 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

---

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass sich der **Planungs- und Umweltausschuss als fachlich zuständiger Ausschuss lediglich bei folgenden drei Bewerbern einigen** konnte, diese dem Stadtrat zur Berufung als sachkundige Einwohner in den Planungs- und Umweltausschuss zu empfehlen.

Herr Detlef Hecker  
Herr Frank Heymann  
Herr Jens Ueberschär

Vor Beginn der Sitzung habe man sich jedoch fraktionsübergreifend auch auf Herrn Bernd Weber verständigen können.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, ob sich darauf verständigt werden könne, die o. g. Bewerber durch Einigung als sachkundige Einwohner in den Planungs- und Umweltausschuss zu berufen oder ob es Widerspruch gebe.

Hierzu gibt es keinen Widerspruch. Somit erfolgt abschließend geheime Wahl zum 5. zu besetzenden Platz.

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

#### - Wahlhandlung -

##### Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte:	55
abgegebene Stimmen:	53
davon	
gültige Stimmen:	53
ungültige Stimmen:	0
Stimmehaltungen	0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Aschauer, Bernd	
Aurich, Michael	
Bergmann, Bernd	
Bernd, Reiner	
Berthold, Holger	
Bochmann, Gerd	
Bohne-meier, Hans-Michael	20 Stimmen
Ehnert, Eva-Maria	2 Stimmen
Ehrhardt, Udo	23 Stimmen
Golle, Peter	
Grieshammer, Günter	
Hauffen, Helmut	
Henning, Marina	1 Stimme
Hönemann, Mandy	
Hoffmann, Michael	
Kemter, Henning	
Krell, Veikko	2 Stimmen
Lang, Jens	
Mehlan, Heidrun	
Pitsch, Peter	1 Stimme

Rehn, Gert 4 Stimmen  
Rödel, Anke  
Schierig, Christian  
Schönwitz, Stefan  
Stengel-Hoffmann, Madeleine  
Thamm, Wolfgang  
Theeg, Frank  
Tippner, Bruno  
Uhlemann, Mike  
Venzke, Gunter  
Werner, Andreas

Da kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erreicht hat, findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen, Herrn Bohnemeier und Herr Erhardt statt.

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

#### - Wahlhandlung -

#### Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte: 54  
abgegebene Stimmen: 51

davon  
gültige Stimmen: 50  
ungültige Stimmen: 1  
Stimmehaltungen 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Bohnemeier, Hans-Michael 20 Stimmen  
Erhardt, Udo 30 Stimmen

**Herr Erhardt** hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist als Mitglied in den Planungs- und Umweltausschuss gewählt.

#### Beschluss B-290/2009

Der Stadtrat beruft aufgrund der Bewerberliste gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz folgende fünf sachkundige Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder in den Planungs- und Umweltausschuss.

Herr Detlef Hecker  
Herr Frank Heymann  
Herr Jens Ueberschär  
Herr Bernd Weber  
Herr Udo Erhardt



- 7.28 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/Einwohner als beratende Mitglieder in den Betriebsausschuss  
Vorlage: B-311/2009 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

Der Betriebsausschuss hat sich als fachlich zuständiger Ausschuss geeinigt, folgende fünf Bewerber dem Stadtrat zur Berufung als sachkundige Einwohner in den Betriebsausschuss zu empfehlen.

Herr Reiner Berndt  
Herr Dr. Gerd Bochmann  
Herr Kai Hähner  
Frau Ute Stöckert  
Herr Kai Tietze

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, ob sich in Anerkennung des Vorberatungsergebnisses des Ausschusses darauf verständigt werden könne, die o. g. Bewerber durch Einigung als sachkundige Einwohner in den Betriebsausschuss zu berufen oder ob es Widerspruch gebe.

Da es hierzu keinen Widerspruch gibt, liegt seitens des Stadtrates **Einigung** über die Besetzung der sachkundigen Einwohner des Betriebsausschusses vor.

**Beschluss B-311/2009**

Der Stadtrat beruft aufgrund der Bewerberliste gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz folgende fünf sachkundige Einwohnerin/Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder in den Betriebsausschuss

Herr Reiner Berndt  
Herr Dr. Gerd Bochmann  
Herr Kai Hähner  
Frau Ute Stöckert  
Herr Kai Tietze

- 7.29 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/Einwohner als beratende Mitglieder in den Bauausschuss  
Vorlage: B-313/2009 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

Der Bauausschuss hat sich als fachlich zuständiger Ausschuss geeinigt, folgende fünf Bewerber dem Stadtrat zur Berufung als sachkundige Einwohner in den Bauausschuss zu empfehlen.

Herr Johannes Richter  
Herr Ralf Clausing  
Herr Bernhard Herrmann  
Herr Jörg Thiele  
Herr Mario Wehland

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, ob sich in Anerkennung des Vorberatungsergebnisses des Ausschusses darauf verständigt werden könne, die o. g. Bewerber durch Einigung als sachkundige Einwohner in den Bauausschuss zu berufen oder ob es Widerspruch gebe.

Da es hierzu keinen Widerspruch gibt, liegt seitens des Stadtrates **Einigung** über die Besetzung der sachkundigen Einwohner des Bauausschusses vor.

**Beschluss B-313/2009**

Der Stadtrat beruft aufgrund der Bewerberliste gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz folgende fünf sachkundige Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder in den Bauausschuss.

Herr Johannes Richter  
Herr Ralf Clausing  
Herr Bernhard Herrmann  
Herr Jörg Thiele  
Herr Mario Wehland

- 7.30 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/Einwohner als beratende Mitglieder in den Verwaltungs- und Finanzausschuss  
Vorlage: B-316/2009 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat sich als fachlich zuständiger Ausschuss geeinigt, folgende fünf Bewerber dem Stadtrat zur Berufung als sachkundige Einwohner in den Verwaltungs- und Finanzausschuss zu empfehlen.

Herr Ralph Burkhart  
Herr Dr. Wolfgang Degener  
Herr Werner Glaesel  
Herr Heinz-Dieter Gollmar  
Herr Jürgen Renz

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** fragt, ob sich in Anerkennung des Vorberatungsergebnisses des Ausschusses darauf verständigt werden könne, die o. g. Bewerber durch Einigung als sachkundige Einwohner in den Verwaltungs- und Finanzausschuss zu berufen oder ob es Widerspruch gebe.

Da es hierzu keinen Widerspruch gibt, liegt seitens des Stadtrates **Einigung** über die Besetzung der sachkundigen Einwohner des Verwaltungs- und Finanzausschusses vor.

**Beschluss B-316/2009**

Der Stadtrat beruft aufgrund der Bewerberliste gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz folgende fünf sachkundige Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder in den Verwaltungs- und Finanzausschuss

Herr Ralph Burkhart  
Herr Dr. Wolfgang Degener  
Herr Werner Glaesel  
Herr Heinz-Dieter Gollmar  
Herr Jürgen Renz

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** gibt zur Wahl der Mitglieder des **Behindertenbeirates** aus der Mitte des Stadtrates (TOP 7.24) bekannt, dass eine Losziehung zwischen Frau Schaper (Fraktion DIE LINKE) und Herrn Konrad (Fraktion FDP) erfolgen muss, da für den Platz 3 gleiche Höchstzahlen zu den Wahlvorschlägen 1 und 4 vorliegen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schlägt vor, dass als ältestes anwesendes Stadtratsmitglied Herr Joachim Höfler das Los zieht. Es gibt keinen Widerspruch zu dieser Verfahrensweise.

Durch die Schriftführerin werden die Lose für die Losziehung vorbereitet.

Durch Herrn Höfler wird ein Los gezogen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** stellt fest, dass durch Losentscheid Frau Schaper gewählt wurde und gibt folgendes Wahlergebnis für den **Behindertenbeirat** bekannt.

#### **Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 55  
abgegebene Stimmen: 55

davon  
gültige Stimmen: 55  
ungültige Stimmen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1: 12 Stimmen  
Wahlvorschlag 2: 13 Stimmen  
Wahlvorschlag 3: 18 Stimmen  
Wahlvorschlag 4: 12 Stimmen

Somit wurden gewählt:

1. Platz	Wahlvorschlag 3	Jacqueline Drechsler
2. Platz	Wahlvorschlag 2	Michael Walter
3. Platz	Wahlvorschlag 1	Susanne Schaper

#### **Beschluss B-352/2009**

1. Der Stadtrat beruft aufgrund von eingegangenen Bewerbungen auf der Grundlage des § 47 Sächsische Gemeindeordnung i. V. m. § 10 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz für seine Wahlperiode 2009 bis 2014 acht sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner widerruflich als Mitglieder in den Behindertenbeirat der Stadt Chemnitz

Frau Anja Voigt  
Herr Jürgen Böhm  
Herr Horst Wehner  
Herr Klaus Möbius  
Herr Jens Heydecke  
Herr Kay Uhrig  
Frau Julia Wunsch  
Frau Karla Brümmer

2. Es werden folgende drei Stadtratsmitglieder in den Behindertenbeirat gewählt.

Frau Jacqueline Drechsler  
Herr Michael Walter  
Frau Susanne Schaper

\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** ruft zur Wahlhandlung zu den Sachverständigen/sachkundigen Einwohnern des **Kuratoriums** (TOP 7.23) auf.

**- Wahlhandlung -**

\*\*\*

Während der Stimmenauszählung zum 5. Platz des Schulausschusses gibt **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** das Wahlergebnis zum **5. Platz der Sachverständigen/sachkundige Einwohner des Kuratoriums** bekannt.

**Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte:	56
abgegebene Stimmen:	54
davon	
gültige Stimmen:	53
ungültige Stimmen:	0
Stimmehaltungen	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Kunze, Andreas	
Lange, Ulrich	
Weber, Bernd	3 Stimmen
Remmler, Liane	22 Stimmen
Fritzsche, Peter	1 Stimme
Prof. Dr. von Borcyskowski, Christian	1 Stimme
Pitsch, Peter	21 Stimmen
Thiele Jörg	1 Stimme
Aurich, Michael	
Beier, Luth	
Esche, Rolf	
Feuerbach, Frank	
Fromm, Anne	

Hoffmann, Michael  
Kaden, Kay  
Kermer, Gunther  
Lang, Birgit  
Liebold, Sebastian 2 Stimmen  
Molch, Silke 2 Stimmen  
Schlegel, Rolf

Da kein Bewerber die erforderliche Mehrheit erreicht hat, findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen, Frau Liane Remmler und Herrn Peter Pitsch statt.

---

8 Informationsvorlage

---

- 8.1 Abschlussbericht über die Sonderprüfung des Rechnungsprüfungsamtes zu städtischen Tiefbaumaßnahmen ab 100 T€ im Zeitraum 1997 bis 2006  
Vorlage: I-040/2009 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 14
- 

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

9 Beschlussantrag

---

- 9.1 Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zum Bau einer Fuß- und Radwegbrücke zwischen Ebersdorf und Hilbersdorf über die Anlagen der DB AG  
Vorlage: BA-035/2009 Einreicher: SPD-Fraktion
- 

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** wirbt für den Beschlussantrag seiner Fraktion und erklärt, dass mit der Planung die Grundlage geschaffen werden sollte für die Umsetzung ggf. durch Sponsoring eine Querung zu errichten. Er glaubt nicht, dass die Mittel in der Höhe wie sie von der Verwaltung genannt wurde, benötigt werden.

**Beschluss BA-035/2009**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zum Bau einer Fuß- und Radwegbrücke zwischen Ebersdorf und Hilbersdorf über die Anlagen der DB AG beauftragt.
2. In der Machbarkeitsstudie sind verschiedene Varianten der Brückenkonstruktion (Material, Länge etc.) zu betrachten, Aussagen zu den zu erwartenden Kosten für den Neubau zu treffen und die zu erwartende Bauzeit anzugeben. Fördermöglichkeiten sind darzustellen.
3. Die Studie ist dem Stadtrat rechtzeitig vor der Beratung zum Haushalt 2010 zur Kenntnis zu geben und im Planungsausschuss zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** gibt das Wahlergebnis zur **Stichwahl für die Wahl der Sachverständigen/sachkundigen Einwohner in das Kuratorium (TOP 7.23)** bekannt.

anwesende Stimmberechtigte: 56  
abgegebene Stimmen: 53

davon  
gültige Stimmen: 52  
ungültige Stimmen: 0  
Stimmehaltungen 1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Peter Pitsch 22 Stimmen  
Liane Remmler 30 Stimmen

Somit hat Frau Remmler die erforderliche Mehrheit erreicht und ist in das Kuratorium gewählt.

#### **Beschluss B-417/2009**

Der Stadtrat beschließt:

1. Mit der Erstberufung werden folgende Personen als stimmberechtigte Mitglieder des Kuratoriums für die Dauer von drei Jahren gewählt:

Prof. Heinz Nagler  
Dr. Carlo W. Becker  
Prof. Barbara Hoidn  
Dr. Arnold Bartetzky  
Dr. Fritz Reusswig  
Prof. Dr. Henry Schulz  
Prof. Karl Clauss Dietel  
Peter Kallfels

2. Mit der Erstberufung werden folgende vier Stadträtinnen/Stadträte sowie deren persönliche Vertreter nach den eingereichten Wahlvorschlägen für eine Dauer von drei Jahren als nicht stimmberechtigte Mitglieder des Kuratoriums gewählt:

Dr. Gerhard Schultz	Jürgen Leistner
Dr. Dieter Füsslein	Hans-Peter Lohse
Thomas Scherzberg	Karl-Friedrich Zais
Jacqueline Drechsler	Klaus Möstl

3. Mit der Erstberufung werden auf der Grundlage der Vorschlags- und Bewerberliste anlog § 44 Absatz 2 SächsGemO folgende Sachverständige bzw. sachkundige Einwohner/innen für eine Dauer von drei Jahren als nicht stimmberechtigte Mitglieder des Kuratoriums gewählt.

Herr Heiko Richter  
Herr Frank Kotzerke  
Herr Karl-Joachim Beuchel  
Herr Ullrich Löschner

Frau Liane Remmler

\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** nimmt eine Korrektur zur Wahl zum 3. zu besetzenden Platz des Schulausschusses vor.

Entsprechend des bekannt gegebenen Wahlergebnisses erhielt die Bewerberin Frau Wunsch eine Stimme. Richtiger Weise erhielt Frau Wunsch jedoch drei Stimmen. Das Ergebnis der gewählten Personen wird dadurch jedoch nicht beeinflusst und somit bleibt es bei dem bestehenden Wahlergebnis.

#### **Wahlhandlung zum 5. zu besetzenden Platz des Schulausschusses**

\*\*\*

---

#### 10 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** fragt, in welchem Zeitraum die zugewachsenen Beleuchtungen auf Nebenstraßen, Wegen und Wohngebietserschließungsstraßen freigeschnitten werden.

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt im Zusammenhang mit der Petition zur Buslinie 33, ob man nicht einen Kompromiss finden könne, dass einmal stündlich eine Direktanbindung nach Adelsberg organisiert werde.

**Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** fragt, nach welchen Auswahlkriterien die Vergabe des Titels „Ort der Vielfalt“ an freie Träger oder andere Projekte in der Stadt erfolge.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** fragt, warum an der Ampelkreuzung Augustusburger Straße/Hans-Sachs-Straße die Ampel so geschaltet sei, dass man eine Minute bei Rot stehe, ohne dass dort ein Fahrzeug kommt und warum dies nicht abgestellt werde.

**Frau Stadträtin Giegengack (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** möchte wissen, ob es beim ESC gängige Praxis sei, dass Telefonate mitgeschnitten werden, wozu die Gespräche aufgezeichnet werden und wie lange diese gelagert werden.

**Frau Stadträtin Hochmuth (CDU-Ratsfraktion)** fragt, ob am Bahnhof Hilbersdorf eine Beleuchtung angebracht werden könne.

\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** gibt das Wahlergebnis zur Wahl der Mitglieder des Ausländerbeirates aus der Mitte des Stadtrates bekannt.

anwesende Stimmberechtigte:	56
abgegebene Stimmen:	55
davon	
gültige Stimmen:	55
ungültige Stimmen:	0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1:	12 Stimmen
Wahlvorschlag 2:	9 Stimmen
Wahlvorschlag 3:	6 Stimmen
Wahlvorschlag 4:	13 Stimmen
Wahlvorschlag 5:	8 Stimmen
Wahlvorschlag 6:	7 Stimmen

Somit sind gewählt:

1. Platz	Wahlvorschlag 4	Herr Höfler
2. Platz	Wahlvorschlag 1	Frau Schinkitz
3. Platz	Wahlvorschlag 2	Herr Otto
4. Platz	Wahlvorschlag 5	Frau Zais
5. Platz	Wahlvorschlag 6	Herr Meyer

### **Beschluss B-367/2009**

1. Der Stadtrat beruft aufgrund von eingegangenen Bewerbungen gemäß § 47 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) i. V. m. § 10 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz für seine Wahlperiode 2009 bis 2014 folgende acht sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner widerruflich als Mitglieder in den Ausländerbeirat der Stadt Chemnitz.

Herr Sadik Al-Biladi  
Frau Erika Dressel  
Frau Elena Gaft  
Herr Jean Mfuansoni Simba  
Herr Pedro Martin Montero Perez  
Herr Van Duc Nguyen  
Frau Marianela Reichel  
Herr Dymitro Remestvenskyy

2. Es werden folgende fünf Stadtratsmitglieder in den Ausländerbeirat gewählt.

Herr Joachim Höfler  
Frau Verona Schinkitz  
Herr Maik Otto  
Frau Petra Zais  
Herr Wolfgang Meyer

\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** gibt das Wahlergebnis zum **5. Platz für den Schulausschuss** bekannt.

anwesende Stimmberechtigte:	55
abgegebene Stimmen:	52
davon	
gültige Stimmen:	52
ungültige Stimmen:	0
Stimmehaltungen	0



Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Appelt, Susanne	
Bergmann, Bernd	
Burghart, Ralph	
Ehnert, Eva-Maria	
Fluhr, Roland	
Goldnau, Sven	1 Stimme
Hetzel, Ines	
Hohenstein, Elisabeth	3 Stimmen
Jenner, Roland	
Kretzschmar, Klaus	
Laube, Sebastian	
Reichel, Nadin	
Ritter, Lars	
Scharrer, Katrin	34 Stimmen
Spitzner, Hans-Peter	9 Stimmen
Theeg, Frank	
Thümmel, Uwe	
Thumser, Petra	1 Stimme
Walther, Tanja	
Wunsch, Julia	4 Stimmen

**Frau Scharrer** hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit als Mitglied in den Schulausschuss gewählt.

**Beschluss B-315/2009**

Der Stadtrat beruft aufgrund der Bewerberliste gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz folgende fünf sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder in den Schulausschuss.

Frau Anett Bartl (Vertreterin des Kreiselternrates)  
Herr Leon Weidauer (Vertreter des Stadtschülerrates)  
Herr Jan Heilmann  
Herr Günter Lustig  
Frau Katrin Scharrer

- 11 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** bestätigt.

\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schließt die Sitzung.

16.11.09     *gez. Barbara Ludwig*  
Datum     Barbara Ludwig  
              Vorsitzende

16.11.09     *gez. Drechsler*  
Datum     Drechsler  
              Mitglied  
              des Stadtrates

17.11.09     *gez. Jahn*  
Datum     Jahn  
              Mitglied  
              des Stadtrates

12.11.09     *gez. Seidel*  
Datum     Seidel  
              Schriftführerin